„Gemeinwesenarbeit in Hessen“

Fachtagung am 25.10.2017

veranstaltet vom Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. in Kooperation mit
dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration,
der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG),
der Universitätsstadt Marburg
und der Philipps- Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften

AKSB Marburg e.V. u.a.: „Gemeinwesenarbeit in Hessen“.
Dokumentation der Fachtagung am 25.10.2017.

Marburg, November 2018

Bearbeitung: Christoph Gottmann

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung
Christina Hey – Geschäftsführerin des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte e.V. (AKSB) 3

Grußworte
Dr. Marie-Luise Marx – Hessisches Ministeriums für Soziales und Integration 4
Dr. Thomas Spieß – Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg 6
Jürgen Eufinger, 1. – Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAGSB) 8

Kommentar zur Präsentation „50 Jahre AKSB“
Christoph Kummer – Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAGSB) 10

Vortrag: „Gemeinwesenarbeit heute - gesellschaftliche Herausforderungen und das Profil der GWA“
Prof. Dr. Oliver Fehren – Alice Salomon Hochschule Berlin 18

Ergebnisse der Fachtagung
Prof. Dr. Susanne Maurer – Fachbereich Erziehungswissenschaften, Philipps-Universität Marburg 24

Resümee der Tagung
Dr. Marie-Luise Marx – Hessisches Ministeriums für Soziales und Integration 26
Stefanie Lambrecht – Jugendamt der Universitätsstadt Marburg 26
Christoph Kummer – Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAGSB) 27
Prof. Dr. Oliver Fehren – Alice Salomon Hochschule Berlin 28

Abschließende Worte 29

Anhang
Präsentation „50 Jahre AKSB“ 30
Voting der Thesen zur Gemeinwesenarbeit 53
Fotoprotokoll zur AG-Phase I 63
Fotoprotokoll zur AG-Phase II 71

Begrüßung

Christina Hey - Geschäftsführerin des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte e.V. (AKSB)

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Dr. Spieß, sehr geehrte Frau Özgüven, sehr geehrte Frau Dr. Marx, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Maurer, sehr geehrter Herr Eufinger, schön, dass Sie alle zu unserer Fachtagung Gemeinwesenarbeit gekommen sind. Ich darf Sie dazu recht herzlich begrüßen.

Der Anlass für die heutige Tagung liegt darin, dass der AKSB 50 Jahre alt wird. Wir haben aus diesem Anlass extra ein großes Transparent machen lassen. Eigentlich für unser Jubiläumsparty im Stadtteil, aber wir haben gedacht, wir bringen das heute noch einmal mit, damit der Anlass unserer Tagung Ihnen allen präsent ist.

Gemeinwesenarbeit lebt von Kooperation und Vernetzung. Deshalb veranstalten wir als AKSB diese Tagung heute auch nicht allein. Wir haben verschiedene Partner angefragt, die sich auch dankenswerterweise bereit erklärt haben, diese Tagung heute mit uns zu veranstalten. Als erstes möchte ich die Stadt Marburg nennen, denn ohne sie wäre unsere Arbeit überhaupt nicht denkbar. Seit Jahren unterstützt sie unsere Arbeit nicht nur finanziell, sondern sie ist auch ein wertvoller Gesprächspartner bei der Diskussion um neue Herausforderungen und neue Entwicklungen. Dafür unser ganz herzlicher Dank.

Auch mit der Universität und dem Fachbereich Erziehungswissenschaft verbindet uns eine langjährige Geschichte. Nicht nur, dass AKSB-Mitarbeiter Lehrbeauftragte an der Hochschule waren oder dass wir die Studenten über zukünftige Praxisfelder informieren und Plätze für Praktika bereitstellen. Die Universität öffnet sich auch für unsere Anliegen und für den wissenschaftlichen Diskurs zur GWA. Dafür ganz herzlichen Dank.

Auch mit dem Land Hessen verbindet uns eine lange Geschichte. Diese ist einmal geprägt von der politischen Zuwendung, die wir erfahren haben - Frau Özgüven, sie sind heute als Landtagsabgeordnete hier. Die Politik des Landes Hessen war für uns immer ein wichtiger Gesprächspartner, aber natürlich auch die Ministerien und die Verwaltung, Frau Dr. Marx. Wir hatten eine lange Zeit der Förderung der Gemeinwesenarbeit in Hessen. Diese ist leider in 2004 abgebrochen, aber wir sind sehr glücklich, dass es seit 2015 wieder ein neues Landesprogramm „Gemeinwesenarbeit“ gibt und dass damit auch wieder dieser Ansatz in Hessen flächendeckend gefördert werden kann. Ganz herzlichen Dank dafür.

Last but not least die LAG Soziale Brennpunkte, unsere Dachorganisation. Sie ist unsere Lobby auf Landesebene. Sie organisiert den fachlichen Austausch und steht uns mit ihren Beratungsangeboten vor Ort zur Verfügung. Auch dafür einen ganz herzlichen Dank.

Man könnte sagen, die Riege der Veranstalter spiegelt sich im heutigen Teilnehmerkreis wieder. Wir haben unter den Tagungsteilnehmern - die im Übrigen aus ganz Hessen kommen, von Wiesbaden bis Rotenburg, von Darmstadt bis Kassel - Kolleg_innen aus der Gemeinwesenarbeit, aus dem Quartiersmanagement, aus der Verwaltung und aus der Hochschule. Ich

denke das verspricht für heute eine rege Diskussion.

Warum eine Tagung zum Thema Gemeinwesenarbeit? Für uns waren drei Gründe ausschlaggebend:

Zum Ersten wollen wir die Leistung öffentlich machen, die die Gemeinwesenarbeit in der Vergangenheit erbraucht hat und heute erbringt. Dazu eignet sich ein runder Geburtstag natürlich gut. Die Geschichte des AKSB, die wir aufbereitet haben und Ihnen nachher vorstellen werden, steht hier allerdings nur als Beispiel für die zahlreichen anderen Einrichtungen in ganz Hessen. Gleiche Entwicklungen lassen sich auch für Gießen, für Wiesbaden oder auch für Darmstadt nachzeichnen.

Zum zweiten wollen wir deutlich machen, welche Bedeutung Gemeinwesenarbeit gerade in der heutigen Zeit hat. Das Anwachsen des Armutsrisikos, der Zuzug von geflüchteten Menschen, das sind nur zwei Faktoren, auf die Gemeinwesenarbeit vor Ort eine Antwort sein kann und sollte. Natürlich reicht Gemeinwesenarbeit dabei nicht aus, sondern wir brauchen auch politische Initiativen, um diesen Herausforderungen zu begegnen, aber in der Arbeit mit den Menschen vor Ort ist sie ein wichtiger Faktor.

Zum Dritten geht es uns um die Auseinandersetzung mit dem Arbeitsansatz Gemeinwesenarbeit. Sobald ein Begriff en vogue ist - und das ist Gemeinwesenarbeit jetzt wieder durch das neue Landesprogramm - wird die Bezeichnung gerne durch viele für sich reklamiert. Plötzlich steht überall Gemeinwesenarbeit drauf, ob dann auch Gemeinwesenarbeit drin ist, wissen wir nicht immer so genau. Wir wollen uns deshalb mit den Aspekten auseinandersetzen, die Gemeinwesenarbeit erfolgreich machen. Erfolgreich im Sinne der Ermutigung und Befähigung der Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.
In diesem Sinne wünsche ich uns einen spannenden Diskurs.

Grußworte

Dr. Marie-Luise Marx - Leiterin des Referates IV5 „Sozial- und Eingliederungshilfe, Frühförderung“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem 50-jährigen Bestehen darf ich Ihnen die Grüße und Glückwünsche der Hessischen Landesregierung überbringen. Der Landesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, die Gemeinwesenarbeit in Hessen mit Ihrer aller Hilfe weiterhin erfolgreich umzusetzen.

Als zuständige Leiterin des Referates Sozial- und Eingliederungshilfe und Frühförderung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, in dem auch die Förderung der Gemeinwesenarbeit angesiedelt ist, danke ich Ihnen ganz herzlich für die freundliche Einladung.

Dass Gemeinwesenarbeit einen entscheidenden Handlungsansatz zur Lösung anstehender gesellschaftlicher Herausforderungen liefert, ist mittlerweile allgemein anerkannt. Dank Ihrer aller Arbeit ist sie auch in Hessen nicht mehr wegzudenken.

Im Regierungsprogramm für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags wird u.a. auf die Bedeutung der Teilhabemöglichkeiten als ein wesentlicher Beitrag für ein lebenswertes Hessen verwiesen. Um Teilhabe zu ermöglichen, werden im Rahmen des Sozialbudgets „vor allem Maßnahmen gefördert, die diejenigen unterstützen, die auf Grund ihrer schwierigen Lebenslage besonders auf unsere Solidarität angewiesen sind“.

Mit der Auflage des Förderprogramms „Gemeinwesenarbeit“ im September 2015 erfolgte dazu ein wesentlicher Beitrag. Das Programm bildet in Hessen – neben dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aktuell die wichtigste Grundlage zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren und hat sowohl in der bundesweiten Fachwelt als auch bei den Kooperationspartnern im Land eine besondere Aufmerksamkeit erfahren. Neben der Stadt Marburg gibt es 37 weitere Förderstandorte mit insgesamt 104 Fördermodulen. Eine Übersicht finden Sie auf www.adressen-in-hessen.de

Das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit ist ein noch junges Programm, das wir als ein „lernendes“ Förderprogramm verstehen. Überarbeitungsbedarf bzgl. der Richtlinie wurde bereits sichtbar, auf den wir - soweit es möglich war - bereits eingegangen sind. Zurzeit wird seitens der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, unserer Servicestelle, eine Evaluation durchgeführt, Ergebnisse werden voraussichtlich Ende des Jahres 2017 vorliegen. Um passgenaue, praxisnahe Förderungen zu ermöglichen, beabsichtigen wir, die Richtlinie im Jahr 2018 entsprechend zu überarbeiten.

Der heutige Festtag bietet die Gelegenheit, allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit ganz herzlich zu danken, insbesondere den Mitgliedern des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte Marburg, ihren vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern sowie nicht zuletzt der Stadt Marburg. Seit Jahren sind Sie wichtige Partner für uns, wenn es gilt, die Gemeinwesenarbeit vor Ort weiterzuentwickeln. Denn Gemeinwesenarbeit bedeutet Vielfalt, Flexibilität und qualitatives Miteinander. Gemeinwesenarbeit bewegt sich ständig mit und weiter, wenn es darum geht, Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden. Dies ist hier in Marburg erlebbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen allen möchte ich danken, dass Sie heute nach Marburg gekommen sind. Ihr zahlreiches Kommen zeigt, dass es eine gute Idee des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte Marburg war, das Jubiläum zum Anlass zu nehmen, die allgemeine Bedeutung der Gemeinwesenarbeit und ihre besondere Leistung zum Thema des Fachtages zu machen und mit Ihnen Antworten auf Fragen zu suchen, die der Profilschärfung von Gemeinwesenarbeit dienen. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration begrüßt dies ausdrücklich und war daher gerne bereit, diese Fachtagung zu unterstützen.

Ich gehe davon aus, dass der Tag jedem von uns vielfältige Anregungen für die eigene Arbeit geben wird. Ein Blick in das Tagungsprogramm lässt den Rahmen deutlich werden: Neben dem Rückblick, wie Gemeinwesenarbeit geschichtlich gewachsen ist, und der anerkennenden Würdigung dessen, was gemeinsam erreicht wurde, erfolgt der Blick auf die zukünftigen Herausforderungen, was braucht Gemeinwesenarbeit, um erfolgreich zu sein?

Ich wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche Tagung mit vielen neuen Erkenntnissen,

anregenden Diskussionen und Antworten auf Ihre Fragen.

Herzlichen Dank!

Dr. Thomas Spieß - Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg

Verehrte Frau Özgüven, liebe Tina, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AKSB, meine Damen und Herren,
ich freue mich sehr, heute hier zu sein. Wie sie sehen können werde ich auch von den Spitzen der Verwaltung im zuständigen Bereich begleitet. Dies zeigt, welchen Stellenwert der AKSB und die Gemeinwesenarbeit für die Universitätsstadt Marburg haben.

Wenn man zum Jubiläum spricht, zum 50. Geburtstag, dann ist das bei Menschen schon ein fortgeschrittenes Alter. Glücklicherweise – im Unterschied zu uns Menschen - wird man den AKSB in fünfzehn Jahren nicht in Rente schicken. 50 Jahre ist ein stolzes Alter und verweist auf eine Erfolgsgeschichte, die in eine Zeit zurückreicht, in der kein Mensch von Gemeinwesenarbeit gesprochen hat. Schon die Entstehung der Spielstube am Anfang war eine Herausforderung, die keineswegs konsensfähig oder von breiter Einigkeit getragen war. Vielmehr war sie ein wesentlicher Schritt weg von dem Weg von staatlicher Fürsorge und der Wohlfahrt in Armenhäusern - also den Armen lediglich etwas zum Essen und zu trinken zu geben, weil man den Druck nicht aushielt, das Elend zu sehen.

Heute reden wir in der Arbeit des AKSB, in der Gemeinwesenarbeit über eine ganz andere Konzeptionen, die darauf beruht, dass die Würde des Menschen unverletzlich ist. Das heißt, dass auch die Würde jedes Armen, jedes Benachteiligten und jedes sozial exkludierten Menschen unverletzlich sein muss. In der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein Menschenrecht ist und wir uns nur noch über Frage streiten, was denn erforderlich ist, um Teilhabe - und das ist ja eine subjektive Kategorie, teilzuhaben, sich in seiner Würde nicht verletzt zu fühlen - zu gewährleisten, wieviel erforderlich ist, um diesem Anspruch zu genügen. Öffentliche Aufgabe ist es nicht nur, den sozialen Frieden zu wahren - das auch -, sondern den sozialen Frieden dadurch zu wahren, dass wir Teilhabe und Chancengleichheit in der Gesellschaft sichern.

Dabei hat die Gemeinwesenarbeit, wie wir sie heute kennen, eine zentrale Rolle. Und zwar nicht nur, weil sie im Quartier Hilfe organisiert, weil sie Unterstützung organisiert, weil sie Hilfe zur Selbsthilfe organisiert, weil sie Selbstermächtigung organisiert, sondern auch weil sie auch kritisch, nachdrücklich und manchmal ziemlich laut die Interessen der Menschen, um die sie sich kümmert, nach außen vertritt. Das freut nicht immer alle - macht weiter so! Weil das nämlich sonst keiner tut.

Das ist eine zentrale Herausforderung: Wie bringen wir Menschen, die sozial benachteiligt sind, die sich benachteiligt fühlen, dazu, sich nicht zurückzuziehen, sich nicht abzukapseln, sondern ihre Rechte einzufordern, geltend zu machen, Unterstützung zu verlangen? Da ist im Kleinen wie im Großen, im Alltäglichen, im Konflikt mit der Behörde, beim Ausfüllen des Antrages, aber auch in der Vertretung der Interessen der Betroffenen auf dem Weg zu einer Selbstvertretung, der AKSB unverzichtbar gewesen und auch in Zukunft ganz bestimmt weiter unverzichtbar.

Wenn wir über Bürgerbeteiligung reden, dann reden wir meistens über ältere Herren der Mittelschicht, die ihre Interessen lautstark kundtun und einfordern, sie noch lautstarker kundtun zu können. Dabei wird vergessen, dass wir mehr Bürgerbeteiligung von denen brauchen, die

keiner hört und die sich nicht so laut melden. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, diejenigen, die sich nicht melden und sich oft nicht einmal an Wahlen beteiligen, genauso Gehör finden in der Stadt.

Wenn wir über die Frage „Sicherung der Teilhabe und Bekämpfung von Armut und Exklusion“ reden, dann wollen viele nur über Geld, das heißt über Bares reden - über unmittelbare Unterstützung. Die Stadt Marburg gibt 2017 für unmittelbare Unterstützung aus eigenen Mitteln 800.000 € mehr aus als 2016. Das liegt zum Teil am Unterhaltssicherungsgesetz und zum Teil am Stadtpass.

Aber das ist natürlich nicht alles. Armut bekämpft man nicht dadurch, dass man Geld gibt und sagt „Lasst uns in Ruhe“. Armut bekämpft man, indem man die strukturellen Aspekte von Armut bekämpft. Dafür ist die Soziale Arbeit, wie sie die Gemeinwesenarbeit leistet, unverzichtbar.

Dazu kommt ein organisatorisches Spannungsfeld: das zwischen der räumlichen und der fachlichen Orientierung. Das haben wir, glaube ich, in der der Vergangenheit sehr erfolgreich gelöst. Wer ist Ansprechpartner im Stadtteil für alles und wer kümmert sich um Spezialaufgaben, um besondere Unterstützung, die man auch nicht nur in benachteiligten Quartieren braucht, die alle benötigen oder die jedenfalls alle benötigen können und bei der man eine hohe fachliche Expertise braucht. In Marburg kennen sich alle und Vernetzung findet allein schon dadurch statt, dass man sich auf dem Markt begegnet, also sie ist unheimlich einfach und konsequent umzusetzen und auch das ist ein Teil des Erfolgskonzeptes.

Für die Zukunft möchten wir, möchte die Stadt Marburg, den Prozess der Vernetzung und Planung - Wie gehen wir mit den Herausforderungen um? Wie haben sie sich verändert? Welche müssen wir in der Zukunft lösen und wie lösen wir sie in den gewachsenen Strukturen? Wie entwickeln wir das weiter? - im Rahmen von etwas, das sich schön unter dem Schlagwort der kooperativen Sozialplanung zusammenfassen lässt, bearbeiten. Nicht alleine, sondern zusammen. Im Moment sind wir noch dabei, uns darauf vorzubereiten. Stellen müssen neu besetzt werden und wir möchten eine vernünftige Datengrundlage dafür haben. Und dann gemeinsam besprechen, wie wir die Strukturen weiterentwickeln.

Und immer, wenn man über die Weiterentwicklung von Strukturen redet, denken alle, das heißt, es soll dann weniger Geld geben. Dem ist nicht so! Ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Sozialplanung ist ein Verbesserungs- und Weiterentwicklungsprogramm. Die Stadt Marburg hat im Jahre 2000 mit den Trägern der Gemeinwesenarbeit eine Rahmenvereinbarung vertraglich festgelegt, in der die Arbeit organisiert wird und für die wir im Jahr immerhin 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Ist das viel oder wenig? Der Landesrechnungshof hat die Sonderstatusstädte geprüft und dabei auch die freiwilligen sozialen Leistungen untersucht. Ich will jetzt nicht angeben, aber da wir gerade die Tage ein Ergebnis der Prüfung bekommen haben und mich dies gefreut hat, möchte ich es Ihnen nicht vorenthalten. In der Frage der freiwilligen Leistungen in der Wohlfahrtspflege liegt die Universitätsstadt Marburg hundert Prozent über Platz 2 und beim zwölffachen des letzten Platzes der Sonderstatusstädte. Ich glaube, darauf können wir sehr stolz sein, aber wollen wir diese Position auch nicht verlieren, sondern behalten und weiter ausbauen.

Die Herausforderung Armutsbekämpfung, das heißt Inklusion durch Teilhabe wird eben, nicht nur durch Geld, sondern vor

allem durch Teilhabeorganisation und Integration gelöst. Das würden wir niemals hinkriegen ohne die Gemeinwesenarbeit, ohne den Quartiersmanager im Waldtal, ohne den AKSB.

Und eine gute Nachricht zum Schluss: Es ist noch nicht ganz unterschriftsreif, aber in den Verhandlungen über das Grundstück für das Gemeinschaftszentrum im Waldtal, das im Rahmen der Sozialen Stadt errichtet werden soll, sind wir uns schon im Wesentlichen einig. Auch da bin ich jetzt zuversichtlich.

Ich wünsche dem AKSB für die nächsten 50 bis 100 Jahre, dass sich der Erfolg, der sich bisher gezeigt hat, fortsetzt. Die Stadt Marburg wird den AKSB und die Gemeinwesenarbeit auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit unterstützen, weil wir gutes Zusammenleben in dieser Stadt nicht als Stadt alleine regeln können. Ohne Euch geht das nicht!

Vielen Dank

Jürgen Eufinger,
1. Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAGSB)

Liebe Tina, sehr geehrte Frau Dr. Marx, sehr geehrter Oberbürgermeister Spieß, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben ja sehr ermunternde Worte von dem Herr Dr. Spieß gehört. Er hat uns aufgefordert, die Stimmen zu heben. (Es soll nicht immer schmerzen) auch wenn es manchmal der Politik nicht schmeckt. Ich denke das ist eine ganz wichtige Aufforderung an uns alle und soll uns ermuntern auf diesem Weg weiterzumachen. Auch weil Politik ist genauso wie wir für die Menschen im Quartier zuständig und nicht umgedreht. Das halte ich für ganz wichtig. Ich freue mich als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen dem AKSB für sein 50-jähriges Bestehen gratulieren zu dürfen. „The best ager“ sagt man ja über diese Menschen. Ich glaube ich bin auch irgendwie einer davon, ob das denn jetzt auch auf mich immer so zutrifft, weiß ich nicht, aber ich denke wir können da stolz sein, dass wir eine ganze Menge dort in Hessen hier geleistet haben. Der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg ist eines der Gründungsmitglieder der LAG im Jahre 1974 gewesen, neben Projekten aus Gießen, Limburg, Wiesbaden, Darmstadt und weiteren hessischen Kommunen. Dieses Jubiläum steht auch für eine große Zeitspanne. 50 Jahre Gemeinwesenarbeit in Hessen. Noch mehr freut uns, dass der AKSB sein Jubiläum zum Anlass genommen hat, eine Fachtagung zur Gemeinwesenarbeit in Hessen auszurichten, eine Plattform die wir dringend nötig haben, auf der wir uns verständigen: „Was meinen wir eigentlich damit?“ Es tauchen ja im Moment mittlerweile viele andere Begriffe, Sozialraumorientierung oder sozialräumlich orientiertes Arbeiten, all das taucht im Moment auf und ich glaube da ist es nochmal sehr wichtig, genau hinzuschauen und zu formulieren. Was meinen wir mit Gemeinwesenarbeit? Was soll da konkret vor Ort passieren, wenn da Gemeinwesenarbeit gefördert wird. Das halte ich für etwas ganz wichtiges. Es steht außer Frage, dass wir uns als Kooperationspartner und Mitveranstalter in diesem Fachtag einbringen und nicht zuletzt, dass hier wie eben schon beschrieben, dass das unser Kernthema als Fachverband ist. In den letzten Jahren haben wir viel und ausführlich darüber geredet und uns ausgetauscht, wie Gemeinwesenarbeit zu finanzieren und abzusichern ist. Ich denke, das ist auch eine weitere Herausforderung in der

Zukunft. Auch das Landesprogramm ist ein Anstoß. Dort wird immer von Nachhaltigkeit geredet. Das ist eine Fragestellung mit der wir uns auseinandersetzen müssen, weil ich glaube bestimmte Quartiere brauchen dauerhaft solche Angebote und nicht nur als Projektidee angestoßen und dann zu sehen, wie es vor Ort weitergehen kann. Wie die finanzielle Abwicklung der unterschiedlichen Programme insgesamt in der Gemeinwesenarbeit gelingen kann. Weiter haben wir uns auseinandergesetzt mit Hangwerkszeug, Methoden und Strategien, wie wir uns den Problemen und Herausforderungen in Quartieren zuwenden müssen und sollten. Daher freut es mich, dass wir hier und heute die Gelegenheit haben auch mal wieder sehr bewusst über das aktuelle Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit in Hessen zu reflektieren. Es ist nicht zu erwarten, dass wir an diesem Tag alle anstehenden offenen Fragen behandeln und schon gar nicht beantworten können. Aber ich hoffe uns gelingt mit dieser Veranstaltung ein Einstieg in einen zukünftigen Diskurs über die notwendigen fachlichen Kernessenzen und Haltungen, um den zukünftigen Herausforderungen in unseren benachteiligten Stadtteilen und Quartieren optimal begegnen zu können. Dazu gehört auch, dass wir gegenüber potenziellen Fördermittelgebern und Förderungen, die wir für die Unterstützung der Menschen bei der positiven Entwicklung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen in Stadtteilen zwingend benötigen, ein erkennbares Fachprofil aufzeigen können. Nach dem Motto: „Wo GWA draufsteht, sollte auch GWA drinstecken.“ Deshalb müssen wir uns immer wieder mit den Kernqualitäten der Gemeinwesenarbeit auseinandersetzen und ihre Alleinstellungsmerkmale unter anderem gegenüber dem eben schon erwähnten Fachkonzept Sozialraumorientierung herausarbeiten. Wir wissen alle: Es gibt nicht die Gemeinwesenarbeit. Trotzdem sollte es unser Anliegen sein, um auch einer fachlichen Beliebigkeit vorzubeugen, unseren Ansatz, unsere Haltung, unsere Qualität in der Gemeinwesenarbeit zumindest für Hessen zu formulieren. Also klar Standards zu formulieren, die für alle gültig sind. Als Fachverband für soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit haben wir natürlich ein ganz besonderes Interesse auch einen solchen Diskurs erfolgreich zu führen. 50 Jahre AKSB machen deutlich: GWA in Hessen gibt es nicht erst seit gestern. Wir haben eine lange Tradition der Gemeinwesenarbeit in Hessen, die im Laufe der Zeit von verschiedenen Förderstrategien des Landes geprägt und unterstützt wurde. Hier ist zu nennen: Der Brennpunkterlass, 1974 bis 2000 hatte dieser gegriffen. Da haben wir die ersten Stadtteile und Obdachlosenunterkünfte saniert. Seit 1999 im Rahmen der „Sozialen Stadt“ in Hessen als Teil des Quartiersmanagements und seit 2015 wieder in einem eigenständigen Förderprogramm. Das finde ich sehr, sehr, sehr löblich, dass das Land sich dort auf den richtigen Weg begibt und gemein mit uns diesen Ansatz der Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren vorantreibt. Wir könne daher auch in anderen Stadtteilen uns Siedlungen auch auf einen langen Erfahrungsschatz zurückblicken, den es immer wieder zu heben und zu bewahren gilt, damit nicht jede neue Generation von Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeitern das Rad wieder neu erfinden muss. (Deswegen nochmal der Verweis, ist es wichtig Standards zu haben.) Insofern hoffe ich, dass unser Blick zurück, um festzuhalten was aus den vergangenen Jahrzehnten der für die heutige Qualität der Arbeit dringend mitzunehmen ist, auch gleichzeitig ein Blick nach vorne ist, um unsere gesicherten Erfahrungen und aktuellen Gestaltungsnotwendigkeiten, die die Zukunft in den Stadtteilen und Quartieren

gestalten können, zu sichern. In diesem Sinne freue ich mich auf einen interessanten Austausch, bin gespannt auf die Ergebnisse am Ende des Tages und wünsche einen wunderbaren Aufenthalt in der Stadt Marburg.

Präsentation „50 Jahre AKSB“ – siehe Anhang ab S. 30

Anschließend präsentierte der AKSB seinen Gästen die Entwicklung des Vereins und der Arbeit im Waldtal aus den letzten fünfzig Jahren. Die ausführliche Präsentation, die dieser Dokumentation beiliegt war musikalisch untermalt vermittelte ein eindrucksvolles Bild der GWA in Marburg und insbesondere im Waldtal.

Kommentar zur Präsentation

Christoph Kummer, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Hallo und Herzlich Willkommen auch von meiner Seite,

es ist die Frage, ob das Gesehene (Anm.: Power-Point-Dokumentation zu 50 Jahren AKSB) überhaupt groß kommentieren werden muss, da die Bilder in vielerlei Hinsicht für sich sprechen. Ich bin aber gebeten worden, die Entwicklungsgeschichte der Gemeinwesenarbeit des AKSB aus Sicht des Fachverbandes der LAG zu kommentieren, einzuordnen und ihren möglichen Erkenntnisgewinn für die hessische GWA insgesamt herauszuarbeiten. Als langjähriger Geschäftsführer und Mitarbeiter der LAG konnte ich in den letzten 25 Jahre die Entwicklung aus der Nähe verfolgen und habe insofern einen guten Einblick, was alles in Marburg im Bereich der Brennpunktarbeit und insbesondere im Waldtal gelaufen ist. Ich habe für meinen Beitrag zehn Punkte herausgearbeitet, die aus meiner Sicht für die Arbeit des AKSB charakteristisch sind und als Grunderkenntnisse auch für die Gemeinwesenarbeit in Hessen insgesamt dienen können. D.h. was können wir aus den Erfahrungen und der Geschichte im Waldtal lernen, um daraus ggf. Qualitätsmerkmale für die Gemeinwesenarbeit im Allgemeinen abzuleiten. Ich versuche dies über die Zusammenfassung in eine Art Merksätze für die GWA in Hessen. Gelingt mir dies, können diese Merksätze hoffentlich auch als Diskussionsgrundlage für die heutige Veranstaltung und darüber hinaus genutzt werden.

Noch ein ganz kurzes Wort zur LAG Soziale Brennpunkte Hessen. Unser Verein wurde 1974 gegründet. Der AKSB war übrigens eines der Gründungsmitglieder. Projekte der Gemeinwesenarbeit, oftmals gekennzeichnet durch das enge Zusammenwirken von Bewohnerinitiativen und Sozialarbeitern, haben sich hessenweit zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für die Überwindung von Ausgrenzung und Armut einzusetzen, für bessere Wohn- und Lebensbedingungen zu kämpfen, sich gegenseitig zu stärken und das fachliche Profil der Arbeit in sozialen Brennpunkten zu schärfen. Aktuell hat die LAG 27 aktive Mitgliedsprojekte. Das dürfen durchaus noch mehr werden. Deswegen hier an dieser Stelle auch mein Aufruf an alle, die in der Gemeinwesenarbeit in Hessen aktiv, aber noch nicht Mitglied sind: Wir nehmen gerne noch neue Mitglieder auf, um noch stärker und wirkungsmächtiger unsere Ziele gegenüber Politik vertreten zu können. Und natürlich geht es auch immer um Solidarität

und Unterstützung untereinander. Im Hinblick auf unser zentrales Vereinsziel - die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten - haben wir gemeinsam mit vielen Partner_innen auf Landesebene und vor Ort in Hessen in den vergangenen 40 Jahren tatsächlich einiges bewirkt. Das kann man auch im bundesweiten Vergleich sehen. In Hessen ist es gelungen, fast alle kommunalen Obdachlosensiedlungen aufzulösen. Wobei einschränkend muss erwähnt werden, dass aktuell wieder negative Entwicklungen zu beobachten sind, von denen wir eigentlich dachten, sie überwunden zu haben. Vielerorts entstehen aufgrund der Situation auf dem Wohnungsmarkt, der Wohnraumversorgung der anerkannten Flüchtlinge oder der Zuwanderung aus Süd-/Osteuropa prekäre Unterbringung und sichtbare Orte der Ausgrenzung. Wenn man sieht unter welchen Bedingungen Menschen zum Teil untergebracht sind, erinnert dies sehr stark an die Bilder, die wir vorhin von den Zuständen im Krekel bzw. dem Waldtal der 60er und 70er Jahre gesehen haben. Insofern: Arbeit für die LAG und die GWA in Hessen gibt es genug. Bevor ich es vergesse, natürlich auch von meiner Seite aus nochmal einen recht herzlichen Glückwunsch an den AKSB für die 50 Jahre des Bestehens und ein Dankeschön für die geleistete Arbeit. Ein Dank auch dafür, dass der AKSB sein Erfahrungswissen mit anderen Projekten in Hessen geteilt hat und somit insgesamt einen wichtigen Beitrag auch für die positive Entwicklung in anderen benachteiligten Stadtteilen Hessen geleistet hat.

Die 60er, 70er Jahre – als es mit der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in vielen hessischen Siedlungen anfing - müssen eine sehr bewegte Zeit gewesen sein. Damals, möglicherweise auch heute noch, hat man mit der sozialer Arbeit auch noch große gesellschaftspolitische Ansprüche und Erwartungen verknüpft und hehre Ziele formuliert: „Wir müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse so verändern, dass Gemeinwesenarbeit überflüssig wird!“ Jetzt könnte man sich natürlich fragen, wenn man nach fünfzig Jahren immer noch vor Ort ist: „Hat man möglicherweise etwas falsch gemacht?“ Die Antwort ist ein klares Nein. Aber – und so komme ich zu meinem ersten Merksatz – heißt dies im Umkehrschluss:

Solange es sozialräumliche Ungleichheit und Ausgrenzung gibt, ist Gemeinwesenarbeit eine Daueraufgabe.

Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Grundannahme, weil man konstatieren muss, dass bestimmte Quartiere, zu denen auch das Waldtal gehört, besondere Funktionen und Leistungen für eine Gesamtkommune übernehmen. Hier findet nämlich die gelebte Integration ansonsten ausgegrenzter und benachteiligter Menschen statt. Oftmals sind diese Gebiete das erste Auffangbecken für neu Zugewanderte und das Zuhause einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten. Daher gilt es, die Stadtteile dauerhaft bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, den hier lebenden Menschen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen trotz schwieriger Rahmenbedingungen Perspektiven zu eröffnen, Teilhabe und eine gute Sozialisation zu ermöglichen. Neben dem Waldtal gibt es in Marburg auch noch den Richtsberg und den Stadtwald, wo ähnliche Aufgabenstellungen vorhanden und erkannt sind und entsprechend mit einer politischen Scherpunktsetzung gegengesteuert wird. Am Beispiel Waldtal können wir gut sehen, dass sich ein solches Gebiet in einem permanenten Prozess der Veränderung befindet und immer wieder – von den hier aktiv handelnden Akteuren - auf neue Herausforderungen reagiert werden muss. D.h., im Laufe der Jahre gab es auch immer wieder neue Aufgabestellungen für die Gemeinwesenarbeit. Los ging es im „alten“

Brennpunkt am Krekel. Der Umzug in das neue Quartier musste sozial begleitet werden. Dies wurde vom Vorläufer des AKSB, dem AK Notunterkünfte übernommen. In den 70er Jahren standen die Themen Stadtteilentwicklung und Sanierung im Fokus und blieben es auch über die Jahre. Die Förderprogramme des Landes, u.a. Sanierungen von Schlicht- und Einfachstunterkünften zwischen 1986 und 1990 und aktuell die Umsetzung der „Sozialen Stadt“ zeigen die kontinuierlich vorhandene Aufgabe, den Stadtteil auch städtebaulich zu stabilisieren und entwickeln.

Nach einer ersten Verbesserung der Wohnverhältnisse kam die Frage auf, wie es gelingen kann, berufliche Perspektiven für die Menschen im Quartier zu ermöglichen. Deshalb wurde in den 80er Jahren in den Themenbereichen Beschäftigung, Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt zahlreiche Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht. Spätestens in den 90er Jahren wurde die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur offensichtlich. Die fachlichen und konzeptionellen Diskussionen begannen, wie die ehemaligen Sondereinrichtungen der Kinderbetreuung mit ihrem besonderen Förderansatz als Standard in regelhaften Einrichtungen etabliert werden können. Also: wie gelingt der Schritt vom Spielhaus zur Kita? Die 90er-Jahre, 2000er-Jahre waren geprägt durch die Integrationsherausforderungen, die sich durch den Zuzug neuer Bewohner und Bewohnerinnen vorwiegend aus anderen Sprachkreisen ergaben. Parallel dazu galt es, Lösungen für die zahlreichen Benachteiligungen der Bewohner*innen in den Bereichen Teilhabe, Bildung und Kultur oder Gesundheit zu finden. Hier wurde von der GWA eine große Bandbreite an Projekten der Kulturarbeit, Gesundheitsförderung oder Bildungsförderung, wie z.B. die vom hessischen Sozialministerium geförderten Bildungspartnerschaften angestoßen und umgesetzt.

Es wird deutlich, dass es immer Phasen mit neuen besonderen Herausforderungen gibt, auf die es zu reagieren gilt. Denn die zum Teil dramatischen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt, die Zuwanderung, der Arbeitsmarkt oder die Einführung von HARTZ IV haben ihre Auswirkungen auf die Stadtteile und die dort lebenden Menschen. Da ist es sehr hilfreich – auch für eine Kommune – auf bewährte und erfahrene Akteure aus der Gemeinwesenarbeit und auf bestehende Strukturen zurückgreifen zu können und Strukturen nicht projektbezogen für jedes neue Problem neu aufbauen zu müssen. Für einen dauerhaften Einsatz von GWA spricht natürlich auch die Tatsache, dass wir in diesen Quartieren andauernde und wiederkehrende Herausforderungen haben. Hierzu gehört z.B. lokale Demokratie zu fördern, die Menschen dabei zu unterstützen, sich für ihre Belange einzusetzen, schwächeren, ausgegrenzten Gruppen, neu zugewanderten Gruppen im Stadtteil Gehör zu verschaffen, aber auch ein friedliches, nachbarschaftliches Zusammenleben trotz des Aufeinanderprallen unterschiedlicher Interessen und Lebensweisen zu organisieren.

Warum referiere ich diesen ersten Punkt „Gemeinwesenarbeit ist eine Daueraufgabe“ so ausführlich? Weil wir uns vergegenwärtigen müssen – und das ist Punkt 2: **Gemeinwesenarbeit braucht eine regelhafte Basisausstattung, um langfristige Stadtteilentwicklungsprozesse begleiten und eine erfolgreiche Projektarbeit leisten zu können.** Allgemein wird zwar betont, es brauche nicht zwangsläufig immer mehr Geld, aber ohne Geld geht es im Prinzip natürlich auch nicht. Insofern, und Herr Oberbürgermeister Dr. Spies hat es ja

schon eindrücklich dargestellt, ist es bemerkenswert, wie die Stadt Marburg sich hier über Jahre auch finanziell einbringt. Dieses Engagement von Seiten der Kommunen kann gar nicht genug gelobt werden und ist an dieser Stelle daher nochmal hervorzuheben. Diese Schwerpunktsetzung ist im hessenweiten Vergleich zwar nicht einzigartig, aber durchaus etwas Besonderes. Und sicherlich wird auch heute wieder der ein oder andere Anwesende mit neidischem und anerkennendem Blick nach Marburg schauen. Es wäre natürlich schön, wenn sich der Marburger Standard in der kommunalen Familie durchsetzen könnte. Es ist bemerkenswert, wenn auch in schwierigen, finanziellen Zeiten, wenn an allen Enden und Ecken gespart wird, nicht als erstes bei der Unterstützung für benachteiligte, insbesondere von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen die Mittel gekappt werden, sondern dass es offenbar einen Grundkonsens gibt, eine dauerhafte Grundausstattung an Gemeinwesenarbeit vorzuhalten. Diese „Grundausstattung“ ermöglicht in Krisensituationen schnell zu reagieren, eine erfolgreiche Projektakquise zu betreiben und die neuen zusätzlichen Projekte sinnvoll und wirkungsvoll an das Bestehende anzudocken. Denn, wenn in Zeiten der „Projektitis“ auch Gemeinwesenarbeit nur als vorübergehendes Projekt gestaltet und gefördert wird, dann ist eigentlich die langfristige Wirkung für eine nachhaltige Quartiersentwicklung bereits zum Scheitern verurteilt. Wir müssen in Zukunft dazu kommen, dass es flächendeckender gelingt, dauerhafte Strukturen der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen zu etablieren. Diese Hoffnung ist auch mit dem Landesprogramm Gemeinwesenarbeit verbunden. Nämlich, dass wir dort, wo bislang noch keine Strukturen vorhanden sind, diese mit dem Programm anstoßen und anschließend möglichst langfristig als wichtiges Element im Quartier verankern können. Wir müssen oft genug feststellen, dass dort, wo keine gewachsenen Gemeinwesenarbeitsstrukturen vorhanden sind, die Wirkung einzelner, gut gemeinter, aber isoliert geförderter Zielgruppen- oder Lebenslagenprojekte relativ schnell verpufft.

Daher an dieser Stelle mein Appell an die Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeiter, die die Prämisse „Wir müssen uns selbst überflüssig machen“ zu sehr verinnerlicht haben und angesichts der vorhandenen Förderlogiken sich zu voreilig mit ihrem Projektstatus abgefunden haben: Wir müssen in der Gemeinwesenarbeit ein neues Selbstbewusstsein entwickeln und deutlich machen, dass unsere Aufgaben zur Verhinderung der weiteren sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft extrem wichtig sind und es daher eine langfristige und möglichst regelhafte Unterstützung dieser Arbeit braucht.

Der Dritte Punkt: **Gemeinwesenarbeit findet in besonders benachteiligten Stadtteilen und Quartieren statt. Dort, wo im Verhältnis zur Gesamtkommune besonders viele gesellschaftlich benachteiligte und von Armut betroffene Menschen leben.** Das Beispiel Marburg zeigt, dass es sinnvoll ist, die finanzielle Unterstützung schwerpunktmäßig zu konzentrieren. Frei nach dem Motto „Ungleichem mit Ungleichem begegnen“. Deshalb sollte Gemeinwesenarbeit – solange nicht der unwahrscheinliche Fall eintritt, dass wir über ausreichend Mittel verfügen, um in die Fläche zu gehen - dort zum Einsatz kommen und präsent sein, wo die größten Benachteiligungen in der Kommune vorzufinden sind. Gemeinwesenarbeit sollte sich mit ihrer Fachlichkeit daher auch immer im Rahmen von Sozialplanung für ein Sozialraummonitoring einsetzen, um entsprechenden Handlungsbedarf benennen zu können.

Der vierte Punkt folgt unmittelbar aus dem vorangegangen: **Die Stärkung und Unterstützung der besonders benachteiligten Gruppen in einem Stadtteil und Gemeinwesen und deren Inklusion ist Ausgangspunkt des Handelns der Gemeinwesenarbeit**

Als sich in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts engagierte Bürger, Sozialarbeiter und Studenten intensiver mit den Lebensumstände in den hessischen Obdachlosenunterkünften am Rande der Städte befasst haben, wurde deutlich: Die Zustände hier sind menschenunwürdig, entwicklungshemmend, stigmatisierend und gesundheitsgefährdend. Man traf auf Menschen, die unter unzumutbaren Bedingungen in engen, feuchten und verschimmelten Schlichtbauten ohne ausreichende sanitäre Anlagen, Heizung und Isolierung leben mussten und die sich nicht nur auf das Abstellgleis am Rande der Gesellschaft geschoben fühlten, sondern es tatsächlich auch waren. Daher war in den Anfängen auch oft von „Randgruppenarbeit“ die Rede. Die Verwendung des Begriffs „Randgruppe“ – weil auch stigmatisierend – ist mittlerweile aus der Mode gekommen. Doch beschreibt er ganz gut die eigentliche Herausforderung: Nämlich die Menschen, die aufgrund von Armut und Ausgrenzung im gesellschaftlichen Abseits stehen, besonders im Blick zu haben, sie und ihre Belange gegenüber durchsetzungsfähigeren Gruppen im Stadtteil zu stärken.

Im Waldtal hat man viel Erfahrung in der Arbeit mit den sogenannten „Randgruppen“, also Gruppen, die nicht aus der Mitte der Gesellschaft kommen: obdachlosen Menschen in den Schlicht- und Einfachstunterkünften, Sinti, Landfahrern und Schaustellern. Deswegen ist man beim AKSB auch heute noch dafür sensibilisiert. Auch wenn sich mittlerweile die Bevölkerungszusammensetzung im Waltal gewandelt hat, gilt weiterhin eine prioritäre Aufmerksamkeit den Menschen mit Armutserfahrungen und besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zu Bildung, Wohnungsmarkt und Arbeitsmarkt. Dies gilt natürlich auch gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer Zuwanderung Ausgrenzung erleben. Bei der Umsetzung sozialer Stadtteilentwicklung, z.B. im Programm Soziale Stadt, macht Gemeinwesenarbeit oft die Erfahrung, dass es eine erhöhte Beteiligungsbereitschaft der älteren, eher der Mittelschicht zuzurechnenden, deutschen Bevölkerung gibt. Das ist schön. Kann aber schnell dazu führen, dass die zeitlichen Ressourcen für Aktivitäten zur Aktivierung und Beteiligung von Benachteiligten blockiert sind. Daher ist es wichtig, dass professionelle Gemeinwesenarbeit immer wieder reflektiert und Wege findet, die auch im Stadtteil am Rande stehenden Menschen zu erreichen und einzubinden.

Punkt 5: **Die Gemeinwesenarbeit stärkt durch Hilfe zur Selbsthilfe die Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation der Menschen. Gemeinwesenarbeit ist damit auch immer Bildungsarbeit.** Allein zu dieser Themenstellung könnte man eigene Referate halten oder Fachtagungen veranstalten. Die hier vorhandene Qualität von Gemeinwesenarbeit wurde bereits im Beitrag zur Geschichte des AKSB ganz gut deutlich. Hervorzuheben sind hier zum Beispiel die Frauenarbeit und der Aufbau von Frauengruppen. Durch die niedrigschwellige Bildungsarbeit wurden die Frauen überhaupt erst erreicht. Die Frauen konnten ein neues Selbstbewusstsein erleben, Wahlmöglichkeiten bei ihren Lebensentwürfen kennlernen oder erfahren, dass durch gemeinschaftliches Handeln tatsächlich positive Veränderungen herbeigeführt werden können. Hier wurden und werden jede Menge Erfolgstories geschrieben. Die

starke Wirkung dieses Beteiligungs- und Bildungsansatzes können wir auch auf Landesebene im Rahmen unserer gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführten Frauentagungen erleben. Der AKSB ist dabei auch ein wichtiger Träger, der personell und inhaltlich zum Erfolg dieses Formates beiträgt. In der Langzeitbetrachtung können wir feststellen, dass viele teilnehmende Frauen, die vorher wenig Selbstbewusstsein besaßen, jetzt im besten Sinne emanzipiert sind. Auch das demokratische und politische Bewusstsein konnte gestärkt werden, was an Wahlbeteiligung oder Teilnahme an Demonstrationen deutlich sichtbar wird.

Darüber hinaus organisiert der AKSB als Gemeinwesenarbeitsträger niedrigschwellige Foren zur Beteiligung, ermöglicht Gespräche mit Kommunalpolitik und unterstützt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner in Gremien, wie z.B. im Ortsbeirat. Was Gemeinwesenarbeit – wie das Beispiel AKSB zeigt – aufgrund ihrer Nähe zu den Menschen gut leisten kann ist, Aktivitäten und Initiativen, die von den Bewohnern eingebracht und entwickelt werden, möglichst unbürokratisch zu unterstützen und die Bewohner bei der deren Umsetzung zu begleiten. In Marburg-Waldtal sind als aktuelle Beispiele die Unterstützung der Bürgerinitiative, die sich für eine bessere Anbindung der Buslinie einsetzt, oder das internationale Café mit Flüchtlingen zu nennen, das von Bewohnern gewünscht und auch selbst umgesetzt worden ist.

Punkt 6: **Gemeinwesenarbeit gewinnt Stärkere und befördert Solidarität mit Schwächeren.** Das klingt erstmal nach Widerspruch zur Selbsthilfe, ist es aber nicht. Wir haben schon gehört, dass in den 60er, 70er Jahren Studenten, Professoren, Ehrenamtliche aus der Stadt in das Quartier gekommen sind und überhaupt erstmal auf die Missstände aufmerksam gemacht haben, um dann gemeinsam mit den Menschen Veränderungen herbeizuführen. Professor Dr. Gerd Iben, der heute schon begrüßt wurde, war damals ein wichtiger Aktivist, der auf die Zustände in den Obdachlosensiedlungen hingewiesen hat und auch Politik damit konfrontiert hat. Nebenbei sei angemerkt, dass Gerd Iben auch bei der Entstehung der LAG eine wichtige Rolle gespielt hat, und dieser persönliche Einschub sei mir erlaubt, auch auf meinen beruflichen Werdegang einen entscheidenden Einfluss hatte: Als sein Student und wissenschaftlicher Mitarbeiter hat er mich für die Mitarbeit in einem Projekt der LAG vorgeschlagen. Ohne ihn würde ich heute wahrscheinlich nicht hier stehen.

Solidarität scheint aktuell ein wenig aus der Mode. Aber für die Arbeit in benachteiligten Stadtteilen ist sie weiterhin zentral: Menschen, denen es besser geht, setzen sich für Benachteiligte ein. Dieses Prinzip wird hier im Stadtteil und mit Unterstützung des AKSB noch gelebt. Das zeigt sich z.B. an den Menschen im Vorstand des AKSB, die sich für die Stärkung der Arbeit im Stadtteil einsetzen, obwohl sie nicht im Stadtteil leben. Zudem gibt es Lese-Paten aus ganz Marburg, die hier Kinder im Stadtteil unterstützen. Beispiele dieser Art könnten noch mehrere aufgezählt werden. Hieran wird nochmal deutlich, wie wichtig es ist, über eine Struktur wie die Gemeinwesenarbeit zu verfügen, um Ehrenamtliche zu gewinnen, sie ggf. zu schulen und sie auch an der richtigen Stelle mit ihren Kompetenzen einzusetzen. Gemeinwesenarbeit mobilisiert aber auch die „starken“, einflussreichen Akteure in der Kommunalpolitik, der Landespolitik, bei Wohnungsunternehmen, Universitäten, bei den Trägern der Sozialen Arbeit und bei den Kirchen, mit dem Ziel, dass sich diese mit ihren Möglichkeiten und Mitteln verstärkt für die benachteiligten Quartiere engagieren.

Kommen wir zu Punkt 7: Die Erfolge in der Stadtteilentwicklung, die auch hier im Waldtal sichtbar sind, haben sicherlich viele Mütter und Väter, aber **die Gemeinwesenarbeit ist und war als Scharnier und Impulsgeber für eine stadtteilbezogene Gemeinschaftsinitiative elementar.** Das heißt: Die Gemeinwesenarbeit ermöglicht es Themen und Handlungsbedarfe zeitnah aufzugreifen, kann sehr kurzfristig deren Umsetzung vorantreiben, holt zusätzliche Ressourcen in den Stadtteil, stößt weitere Ideen und Entwicklungen an, bringt Menschen zusammen und ist damit ein wichtiger Impulsgeber im Stadtteil. Die GWA sorgt dafür, dass auch weitere Akteure und kleinere Initiativen Beiträge für den Stadtteil leisten können, in dem sie hier Unterstützung anbietet, z.B. bei der Projektantragsstellung und –abwicklung. In dieser Impuls- und Aktivierungsrolle ist GWA oft unsichtbar, besonders dann, wenn die Arbeit erfolgreich ist und andere Akteure sichtbar werden. Diese „dienende" Funktion für den Stadtteil macht es insbesondere im Rahmen von Evaluation und Wirkungsanalysen nicht immer leicht, die besondere Leistung der Gemeinwesenarbeit im Rahmen des Gesamtwerkes „Stadtteilentwicklung" herauszuarbeiten. Der Erfolg der Gemeinwesenarbeit hängt letztlich von vielen Faktoren ab: Politische Prioritätensetzung, ausreichende Förderung von Stadt und Land, dem Engagement der Menschen im Stadtteil und die gute, vertrauensvolle, möglichst auch konkurrenzfreie Zusammenarbeit unter den Trägern im Stadtteil. Wir in der Gemeinwesenarbeit müssen uns in der Zukunft intensiver damit befassen, wie es gelingen kann, die besondere Qualität der Arbeit und die Wirkung für die Entwicklung eines Gemeinwesens darzustellen und hervorzuheben.

Achter Punkt: **Gemeinwesenarbeit denkt integriert und befördert ein Handlungsfeld übergreifendes Vorgehen.** Diese Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit im Waldtal wurde in der Präsentation sehr gut deutlich. Im Waldtal wurde schon früh erkannt, dass es nicht ausreichend ist, nur die sozialen Probleme zu bearbeiten oder ausschließlich Kinderförderung in der Spielstube anzubieten, wenn gleichzeitig die Wohnungen nicht in Ordnung sind, die Menschen keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt haben oder wenn sie vielleicht die Sprache nicht sprechen. Gemeinwesenarbeit hat daher immer die Wechselwirkungen und die Gesamtwirkung im Blick. Einzelmaßnahmen sind langfristig immer nur so wirkungsvoll wie sie auch in Ergänzung oder Verknüpfung mit anderen Maßnahmen gezielt eingesetzt werden. Daher wurden auch im Waldtal im Laufe der Jahre ein breites Bündel an Maßnahmen in verschieden Handlungsfeldern angestoßen: im Städtebau von der Stadtteilanalyse über das Stadtentwicklungsprogramm bis hin zur Soziale Stadt, Beschäftigungsinitiativen, der Ausbau der Kinderbetreuung zur Regeleinrichtung, die Stärkung der frühkindlichen Bildung, Gesundheitsprävention, Kulturangebote und vieles mehr. Hier wurde nicht nur anlassbezogenen an einer Stelle projekthaft herumgedoktert, sondern die Gesamtentwicklung im Auge behalten und einzelne Projekte gezielt im Rahmen einer Gesamtstrategie eingesetzt. Ein solches Vorgehen ist für mich ich ein sehr zentrales Wirkungsmerkmal von Gemeinwesenarbeit, das hier im Waldtal gut zu erkennen ist.

Punkt 9: **Gemeinwesenarbeit ist immer sozial- und gesellschaftspolitisch auf allen Ebenen aktiv.** GWA darf sich einmischen, bzw. man muss sogar sagen, soll sich einmischen. Dieser Anspruch ist

heutzutage bei den vorhandenen Dienstleistungsverträgen, die mit den Fördergebern bei den Kommunen abgeschlossen sind, gar nicht so einfach einzulösen. „Wer zahlt, bestimmt.“ Aber die Haltung hierzu ist unter den Akteuren der GWA dringend zu diskutieren: Wie stark soll und kann Gemeinwesenarbeit politisch aktiv sein? Es gab in der GWA in der Vergangenheit das Selbstverständnis: „Es gilt die Verhältnisse zu verändern, nicht das Verhalten der Menschen.“ Dies sollte in der aktuellen Fördersituation ernsthaft reflektiert werden. Gilt dieser Satz in der praktischen Arbeit noch oder darf GWA mittlerweile oft nur noch der verlängerte Arm der Verwaltung im Quartier sein?

Dem AKSB ist auf jeden Fall gelungen, über die 50 Jahre im Stadtteil gemeinsam mit den Bewohnern für Aufmerksamkeit zu sorgen, eine Stimme und Lobby für den Stadtteil zu sein, Proteste zu organisieren und die Defizite, die im Stadtteil aber auch in der Gesellschaft vorhanden sind, anzusprechen. Der AKSB hat sich als Gemeinwesenarbeitsprojekt dabei nicht nur auf den Stadtteil bezogen, sondern es war im Bewusstsein, dass sich bestimmte Einwicklungen nicht lokal lösen lassen, sondern dass es auch andere Rahmenbedingungen auf Bundes- oder Landesebene benötigt. Wie der Power-Point-Beitrag gezeigt hat, setzen sich die Bewohnerinnen und Bewohner zusammen mit der Gemeinwesenarbeit überregional für ihre Belange ein, wie mit der Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Kindergeldänderungen in den 70ern oder 80ern oder die Aktionen anlässlich der Operation „Sichere Zukunft“ der Landesregierung im Jahr 2003/2004. Nicht zuletzt ist die Marburger Gemeinwesenarbeit auch aktiver Teil des Landesnetzwerkes „LAG“, mit dessen Unterstützung notwendige Verbesserungen bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgreich angemahnt wurden und daraus konkrete Landesprogramme entstanden.

Jetzt zu meinem letzten Punkt: **Gemeinwesenarbeit vernetzt und ist vernetzt.** Auch dieses Qualitätsmerkmal der Gemeinwesenarbeit kann gut aus der Arbeit des AKSB abgeleitet werden. Der AKSB ist auf den verschiedenen Ebenen im Quartier vernetzt und sorgt gleichzeitig dafür, dass sich relevante Akteure im Quartier und für das Quartier vernetzen. Mit anderen Trägern im Waldtal gilt es sich abzustimmen, aber die Vernetzung dient auch dazu, eine noch stärkere Stimme für den Stadtteil zu organisieren. Darüber hinaus gibt es einen Zusammenschluss und Fachaustausch mit den Trägern der GWA aus den anderen benachteiligten Quartieren in Marburg. Ein solcher kommunaler Austausch ist vorbildhaft und auch für anderen Kommunen zu empfehlen. In Gießen, Darmstadt, Wiesbaden gibt es ähnliche Austauschforen. Und wie schon erwähnt ist der AKSB auch überregional im Rahmen der LAG Soziale Brennpunkte Hessen vernetzt. Der AKSB war bereits Gründungsmitglied und lange Jahre auch im Vorstand aktiv. Insgesamt war dies für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation. Der AKSB stand immer mit seinem Know-How auch für andere Quartiere und Standorte zur kollegialen Beratung zur Verfügung oder hat die Lobbyarbeit unterstützt und damit zur Stärkung unseres fachpolitischen Netzwerkes beigetragen. Und dies auch in Zeiten – das finde ich sehr erwähnenswert – in denen der AKSB als Träger gar nicht von Landesförderungen profitiert hat. Der AKSB hat sich über die Jahre auch immer in die die konzeptionelle Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit in Hessen aktiv eingebracht, was sich auch deutlich an der Ausrichtung der heutigen Tagung zeigt. Umgekehrt hat der AKSB natürlich auch von den Stärken der LAG profitiert. Der landesweite Erfahrungsaustausch zur Arbeit in benachteiligten Quartieren, um den uns die GWA-Kollegen und Kolleginnen in fast allen Bundesländern beneiden, hat auch immer die örtliche

Arbeit qualifiziert. Die landesweiten Bildungsangebote, die die LAG im Bereich der Frauenbildung und der Jugendbildung bereithält, wurden rege genutzt. Und nicht zuletzt sind zahlreiche Landesprogramme, für die die LAG gegenüber Landespolitik erfolgreich geworben hat – von Brennpunkterlass über das Programm zur Sanierung der Obdachlosenunterkünfte, der Sozialen Stadt bis hin zum Programm Gemeinwesenarbeit – hier im Waldtal zur Wirkung gekommen. Mit diesem kleinen Werbeblock für das Engagement in unserem Landesnetzwerk, möchte ich meine Vorstellung von Qualitätsmerkmalen der Gemeinwesenarbeit, die sich aus der Arbeit des AKSB ableiten lassen, beenden. Ich hoffe, dass die vorgestellten zehn Punkte eine brauchbare Grundlage sein können, um die gemeinsame Diskussion zur Profilschärfung der Gemeinwesenarbeit in Hessen voranzubringen.

Die von Christoph Kummer eröffneten Thesen wurden mittels „Zielscheiben-Voting“ für eine Evaluation zur Verfügung gestellt. Das Fotoprotokoll des Votings im Anhang ab S. 52

Arbeitsgruppenphase I

Diskussion in Kleingruppen zu den Leitfragen:

1) Welche Orientierungen nehmen wir für gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?

2) Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen Entwicklung auf? Bzw. Wo liegen Unterschiede?

Fotoprotokoll der AG-Phase im Anhang ab S. 63

Vortrag

„Gemeinwesenarbeit heute - gesellschaftliche Herausforderungen und das Profil der GWA“
Prof. Dr. Oliver Fehren, Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, Alice Salomon Hochschule Berlin

Seit Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahren erweckte Gemeinwesenarbeit (GWA) als vornehmlich angelsächsischer Import zunehmend das Interesse von Sozialarbeiter_innen in Deutschland. Dies geschah, durchaus im Lichte der 68er-Bewegung, als Suchbewegung hin zu einer breiteren, auf die Gesellschaft abzielenden Perspektive Sozialer Arbeit. Weil man die sozialpädagogische Orientierung an Einzelfällen oder spezifischen Zielgruppen als fachlich unzureichend empfand, versuchte man dort an gesellschaftlichen Strukturen anzusetzen, wo dies sozialpädagogisch möglich schien: im unmittelbaren Umfeld der AdressatInnen, im ‚Gemeinwesen’. Mit GWA, so C.W. Müller, verband sich die Hoffnung auf eine „[…]systemdehnende Praxis, die weder den individualisierenden Irritationen der Einzelfallhilfe noch den harmonisierenden Hoffnungen der sozialen Gruppenarbeit auf den Leim gehe“ (Müller 1996, S. 233). GWA inszenierte sich dabei vielfach auch als Aschenputtel bzw. als subversives Kind in der Familie der Sozialen Arbeit. Ob diese Beschreibung einer mit GWA verbundenen Suchbewegung auch für den Beginn von GWA vor 50 Jahren hier in Marburg zutreffend ist, müssen andere beurteilen.

C.W. Müller hat die z.T. übertriebenen ursprünglichen Erwartungen an GWA hinsichtlich ihres Zugriffs auf gesellschaftlich verursachte soziale Probleme wie ich finde angemessen zurechtgerückt: Er schreibt der GWA keine systemüberwindende oder systemsprengende, sondern (etwas bescheidener) eine systemdehnende Praxis zu. Diese Formulierung ‚systemdehnende Praxis' scheint mir für die Bestimmung aktueller Reichweiten der GWA bei der Mitgestaltung des Sozialen immer noch maßgeblich. Sie ist herausfordernd (weil es mit der Dehnung über eine reine Affirmation der Verhältnisse hinausgeht). Gleichzeitig reflektiert sie die Systemgebundenheit jeder Sozialer Arbeit: Wir als GWA sind Teil des Systems: Wir entkommen uns nicht (Fabian Kessl)

Die Träger der Sozialen Arbeit verhielten sich gegenüber dem Arbeitsansatz GWA überwiegend mit verbaler Aufgeschlossenheit bei relativer Verhaltensstarre. Viel GWA-Know-How gehört mittlerweile zwar zum Mainstream der Sozialen Arbeit: Aktivierung, Hilfe zur Selbsthilfe, Vernetzung, sozialräumliches Handeln. Aber zur Regelstruktur ist GWA in den meisten deutschen Kommunen und Bundesländern nicht geworden.

In der Stadt Marburg und auch im Bundesland Hessen gilt das ausdrücklich nicht! Hier reden wir nicht von GWA-Projekten, sondern von soliden GWA-Einrichtungen. Der AKSB betreibt hier einerseits GWA als eigenständiges Arbeitsfeld unter dem Label „Stadtteilarbeit". Und gleichzeitig wird beim AKSB GWA als zentrales Hintergrundkonzept auch der anderen Dienste genutzt. Diese tiefe GWA-Verwurzelung im AKSB feiern wir heute. Während GWA in Deutschland seit den 70er Jahren und bis heute um Anerkennung ringt und um die Etablierung ihrer fachlichen Ziele und ihrer Prinzipien ringt, können wir hier heute ganz selbstbewusst 50 Jahre GWA begehen. Ich beglückwünsche den AKSB, die Stadt Marburg, das Bundesland Hessen und auch die Philipps-Universität-Marburg für ihr langfristiges Eintreten für, Festhalten an und Absichern von GWA.

Ziele von GWA

Wesentliches Anliegen von GWA ist die Verhinderung einer weiteren Abkoppelung marginalisierter Stadtteile von der gesamtstädtischen Entwicklung: „Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen."(Stövesand/Stoik 2013: 21). Diese oft mühsame Suche nach handlungsbereiten, aktiven Bürger_innen nennen wir Aktivierung und das ist eine der zentralen Leistungen von GWA. Aktivierung in der GWA verläuft idealtypisch in zwei Richtungen:

a) Aktivierung von Bürger_innen

In von Armut geprägten Milieus haben Menschen häufig keinen Anlass, sich für die Quartiergestaltung zu engagieren: Im Vordergrund stehen häufig unmittelbarere und existenziellere Fragen: „Wie komme ich über die nächsten Tage? Wie wehre ich mich gegen die Unverschämtheiten meines deutschen oder türkischen Nachbarn? Wie komme ich ohne Auto mit zwei Kindern und einem Kinderwagen zum Jobcenter, zum Kindergarten und zum Wohnungseigentümer, um mich über die feuchte Wand im Kinderzimmer zu beschweren? Wie komme ich hinterher zu Aldi und wie kriege ich den eingekauften Plunder anschließend nach Hause?" (Preis 2004: 397)

Für die Ermöglichung von bürgergetragenen Aktivitäten in benachteiligten Milieus ist es daher von zentraler Bedeutung, dass Engagement für die Engagierten einen spürbaren Gebrauchswert hat. Und das ist der Job von GWA: Die tatsächlich brennenden Themen vor Ort herauszufinden und bearbeitbar zu machen. Diese reichen vom Ärger über die überhöhten Nebenkostenabrechnungen des Vermieters, dem gemeinsamen Leiden unter Kriminalität oder Vermüllung, den Erfahrungen der Schikanierung durch Behörden bis hin zum Interesse an günstigen Kleingartenparzellen, dem Wunsch nach Geselligkeit oder einer Verbesserung der Versorgung mit Kinderarztpraxen oder Kitaplätzen.

GWA versteht unter Aktivierung, genau die Themen der Menschen zu erfahren, die Handlungsbereitschaft erzeugen. GWA sucht sozusagen als Dauertätigkeit Zugang zu den Energiequellen des Quartiers: Menschen und ihre brennenden Themen. Diese Themen erfährt man nur z.T. bei Aktivitäten und Beratungsangeboten im Stadtteilbüro, oft muss man sich die Themen aber immer wieder auch von der Straße und aus den Hinterhöfen holen. GWA benötigt daher zwingend einen hohen Anteil an Arbeitszeit für zugehende Arbeit.

Verbunden mit der Aktivierung von Bürger_innen ist die Befähigung auch und gerade von benachteiligten Bevölkerungsgruppen gemeinsam als gestaltende Akteure zu handeln. GWA in vier Worten verdichtet meint: „kollektive Organisation individueller Interessen“. Über das gemeinsame Handeln entlang sich überlappender Einzelinteressen soll insbesondere benachteiligten Bevölkerungsgruppen eines lokalen Gemeinwesens eine machtvollere Teilhabe an der Gestaltung von lokalen Lebensbedingungen ermöglicht werden.

b) Aktivierung von Institutionen

Als Daueraufgabe mit der Bürgeraktivierung verknüpft ist die Aktivierung der Institutionen: Denn bei der derzeit teilweise euphorisch vorgenommenen Beschwörung des engagierten, aktiven Bürgers sollte nicht übersehen werden: Den lokalen Institutionen kommt eine mindestens ebenso hohe Bedeutung für die Stabilisierung von Gemeinwesen zu. Die lokalen Schulen und Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden und Moscheevereine, die örtliche Polizei und die Stadtteilbibliothek, Einzelhändler und Wohnungsgesellschaften, die gewählten politischen Repräsentant_innen und der Bereich der öffentlichen Verwaltung können erheblich zur Ressourcenlage eines Gemeinwesens beitragen und dürfen daher bei der Aktivierung zur Gestaltung des lokalen Gemeinwesens nicht ausgeklammert werden. Diese Aktivierungsarbeit von GWA in Richtung Institutionen kann sich vielfältig niederschlagen: Initiierung einer mobilen Bank nach Schließung der letzten Bankfiliale im Viertel; Verminderung der Reibungsverluste zwischen Jugendamt und JobCenter; Erhalt des zerbröckelnden Wochenmarkts im Kiez; Überzeugungsarbeit bei der lokalen Kleiderkammer, ihr Angebot stärker auf eine sich verjüngende Wohnbevölkerung auszurichten.

Das gemeinwesenarbeiterische ‚Einzelkämpfertum’, das es früher gelegentlich gegeben haben soll, ist der Erkenntnis gewichen, dass die Entwicklung von Stadtteilen nur in geringem Umfang von GWA allein gestaltbar ist und von anderen Akteuren und Ressorts weitaus maßgeblicher beeinflusst wird. Es wird daher nicht gegen und ohne die Regelinstitutionen des Stadtteils gearbeitet, sondern diese immer wieder in die Pflicht nehmend. Erst durch das

Zusammenspiel beider Aktivierungsrichtungen, Bürgeraktivierung und Institutionenaktivierung, wird die Kommunikations- und auch die Konfliktfähigkeit des lokalen Gemeinwesens nach innen und außen so erhöht, dass eine Stabilisierung der Situation in den Stadtteilen erreicht werden kann.

GWA-Prinzip: Parteilichkeit für ‚schwache' Interessen

Aufgabe der GWA in dem Konzert der vielfältigen bei der Stabilisierung der Stadtteile relevanten Akteure ist es, dazu beizutragen, dass die soziale Dimension in der Stadtteilentwicklung ein stärkeres Gewicht erhält: GWA sorgt dabei als antizyklische Korrekturbewegung dafür, dass nicht allein top-down für das Quartier erlassene Handlungsprogramme bestimmen, was vor Ort diskutiert werden kann. „Mit Bewohnerversammlungen, Aktivierenden Befragungen, Wochenmarktaktionen und Treppenhausmeetings kann GWA das Feld offen halten für unerwartete und nicht nur am aktuellen Leitbild der Stadtentwicklung orientierte Forderungen der Menschen: Wer hat die Definitionsmacht, um im Stadtteil zu sagen: Das ist ein Problem? Soll Entwicklung stattfinden für die Menschen, die jetzt hier wohnen? Oder für die, die man in Zukunft gerne hier hätte? GWA hält also das Feld offen für die sogenannten ‚schwachen Interessen', für die weniger durchsetzungsmächtigen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile. Es ist von enormer Bedeutung, dass kommunale Politik und Verwaltung diesen Aspekt des „das Feld offen haltens" durch GWA verstehen. Dafür braucht es für die GWA Beinfreiheit und natürlich Vertrauen, das fortwährend hergestellt werden muss.

GWA-Prinzip: Mehrebenenansatz (lokal und überlokal)

Gemeinwesenbezogene und bürgeraktivierende Strategien stehen zunehmend in der Gefahr zu erfolgen anstelle einer gesellschaftlichen Verantwortung für die Minderung von Leid. Mit der Ideologie einer nahräumlich organisierten Bürgergesellschaft wird suggeriert, dass die Bürger_innen selbst die Probleme lösen könnten, für die sich ein zurückziehender Sozialstaat zunehmend weniger verantwortlich fühlt. Die aktive Bürgergesellschaft kann aber weder neben noch an die Stelle von Sozialstaatlichkeit treten, weil sie selbst auf die Existenz von Sozialstaatlichkeit angewiesen ist. Bei den derzeitigen gesellschaftlichen Deformationen nur nach den vermeintlichen Keimzellen der Gesellschaft – der Familie und den Nachbarschaften – zu rufen, erscheint mir als hoffnungsloser Ausweg: „Wer […] benachteiligte Wohnquartiere nachhaltig verbessern […] will, muss über das GWA-typische Instrumentarium hinaus weitere Ressourcen ‚anzapfen', die außerhalb des Stadtteils liegen." (Hinte in Bitzan et al. 2005: 551) Dazu bedarf es einer Ausrichtung von Gemeinwesenarbeit, die uns gegen eine übertriebene Stadtteilfixierung imprägniert, die uns vorm Hineintappen in die Aktivierungsfalle schützt: Bewohner_innen sind nicht für die Strukturdefizite eines Stadtteils verantwortlich! Die Verantwortung für Lösungen der lokal besonders sichtbar werdenden Probleme darf nicht den jeweiligen Stadtteilen und ihren Bewohner_innen zugewiesen werden. GWA kann und soll im Quartier anfangen, aber dann (je nach Thema) die überlokale Ebene (Stadt, Land) einbeziehen. Es ist sozialpädagogisch richtig im Lokalen zu beginnen, aber sozialpolitisch notwendig nicht im Lokalen steckenzubleiben.

GWA-Prinzip: Nichts tun, was die Leute selbst tun können

Die von GWA unterstützten Bewohner_innen können, trotz vielfältiger Benachteiligungen und Einschränkungen, vieles selber machen, z. B. selber Einladungen fürs Stadteilfest schreiben, kurzfristig Helfer zum Möbelschleppen organisieren, die Gruppenkasse verwalten, gemeinsame Prüfungen von Betriebskostenabrechnungen vornehmen. Die Leute können sich auch in Gesprächen mit Behördenvertretern oder mit Wohnungsbaugesellschaften selbst vertreten. Und wenn sie noch nicht dazu in der Lage sind, ist es eine Aufgabe von GWA, sie dazu zu befähigen. Entscheidend ist also, wie schon Saul Alinsky wusste, dass GWA nichts tut, was die Leute selber können und alles tut, damit sie es selber können.

Das ist für die finanzielle Förderung der Gemeinwesenarbeit vor Ort allerdings eher von Nachteil, denn gute Gemeinwesenarbeit taucht bei den Berichterstattungen über Erfolge im Stadtteil oft nicht auf. Wenn eine Bürgergruppe es z. B. erreicht hat, dass eine Wohnungsgesellschaft endlich Mietergärten zulässt, dann ist das ihr Erfolg. Das daran auch eine Gemeinwesenarbeiter_in beteiligt gewesen ist, die diese begleitet hat, wird in aller Regel bei der Berichterstattung in der Presse nicht erscheinen, da dies den Leuten ihren Erfolg nehmen würde. Die Lokalpolitik nimmt aber zumeist nur diejenigen wahr, die im Vordergrund stehen, was für die finanzielle Förderung von Gemeinwesenarbeit nicht unbedingt förderlich ist.

Diese Funktion der „GWA im Hintergrund“ ist, wie ich finde ganz treffend, von Wolfgang Hinte mit einer Räuberleiter-Analogie illustriert worden: Eine gute Gemeinwesenarbeiter_in ist – bildlich gesprochen – jemand, die eine „Räuberleiter“ macht, damit der oder die anderen eine Mauer überwinden können. Während derjenige, der über die Mauer schaut, der Held ist, wird der Anteil desjenigen, der unten steht und ohne den das Ganze nicht funktioniert hätte, zumeist nicht gewürdigt. Gemeinwesenarbeit steht also meist in zweiter oder dritter Linie. Doch gute und aufgeklärte Politik finanziert genau diese Tätigkeit und nicht nur einzelne Leuchtturmprojekte. Auch die GWA selbst muss sicherlich hinsichtlich der Kommunikation ihrer Räuberleiter-Funktion sichtbarer, verstehbarer und nachvollziehbarer werden, damit sie innerverbandlich aber auch in Politik und Gesellschaft mehr Rückhalt bekommen kann. GWA ist oft Netzwerktechnik im Hintergrund. Umso bemerkenswerter, ist es, dass hier in Marburg heute 50 Jahre GWA gefeiert werden können, weil Kommune und Land hier diese oft eher im Hintergrund stattfindende Arbeit solide und langfristig stützen.

Zur Finanzierung von GWA

Die Stabilisierung von benachteiligten Quartieren ist nicht mit auf drei Jahre befristeten Programmen erledigt. Bei benachteiligten Stadtteilen muss man sich von der Vorstellung verabschieden, es handele es sich um Gefangene oder Patienten, die nach wenigen Jahren Behandlung therapiert oder geheilt wieder entlassen werden können. Innerhalb solch kurzer Zeiträume Zeit ist meiner Erfahrung nach keine Stabilisierung von Stadtteilen im Sinne einer Verstetigung der Selbstheilungskräfte zu erreichen. Es wird nun gelegentlich davor gewarnt, man dürfe keine dauerhaften Subventionstatbestände für benachteiligte Stadtteile schaffen. Dazu will ich anmerken, dass solange der dauerhafte Tatbestand der Armut in einem Stadtteil besteht, die dauerhaften Subventionstatbestände das sekundäre Problem sind. Wir müssen Ungleiches

ungleich behandeln. Das gelingt nicht, wenn Personal nur für Krisen- und Katastrophensituationen bezahlt wird. Vielmehr muss GWA als personengestützte und quartierbezogene Infrastruktur dauerhaft gefördert werden.

Die Realität sieht leider häufig so aus, dass immer dann, wenn irgendwo ein Problem auftaucht, die Politik versucht, genau für diese Zielgruppe sofort ein (in aller Regel befristetes) Programm aufzulegen um so Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Die Effekte einer solchen Vorgehensweise sind in der Regel jedoch viel schlechter, als wenn man dauerhaft themen- und zielgruppenübergreifende GWA-Strukturen aufbaut, die dann immer die je aktuellen Themen aufnehmen und bearbeiten. Meine These ist, dass man bei den großen Flüchtlingsströmen in jenen Stadtteilen deutlich weniger Probleme gehabt hat, in denen es – unabhängig von den geflüchteten Menschen – schon vorher gute Gemeinwesenarbeit gegeben hat. Aber das funktioniert nur dort, wo Gemeinwesenarbeit schon ein paar Jahre vorher aktiv gewesen ist. Was man braucht, sind regelhaft geförderte GWA-Institutionen (und nicht GWA-Projekte), die unabhängig von Zielgruppenkonjunkturen und tagesaktuellen Krisen immer wieder einen guten Boden, einen fruchtbaren Humus dafür schaffen, dass Aktivitäten im Quartier gedeihen können. Das ist das was Marburg und das Land Hessen mit der vorliegenden vergleichsweise soliden GWA Finanzierung tun, wie wenige andere Städte und Bundesländer in Deutschland.

Schluss

Gemeinwesenarbeit schafft Raum für Themen, die z.T. nicht auf der offiziellen Agenda der Kommunalpolitik stehen. Es geht um sogenannte „schwache“ Interessen, um Menschen, die nicht so geübt sind im Agenda-Setting. Kommunen sind gut beraten, freie Träger für diese Aufgabe zu engagieren, wie das in Marburg ja auch der Fall ist. Denn erst die subsidiäre Leistungserbringung erlaubt die für GWA notwendige Beinfreiheit. Gleichzeitig, und das ist mir wichtig festzuhalten, sollten Kommunen aber die Entwicklung der Stadtteile nicht vollständig an freie Träger der GWA delegieren. Denn der Erfolg von Gemeinwesenarbeit hängt maßgeblich ab vom Engagement der kommunalen Politik und Verwaltung in Bezug auf marginalisierte Stadtteile.

Literatur:

Bitzan, M./Hinte, W./Klöck, T./May, M./Stövesand, S. (2005): Diskussionsbeitrag Gemeinwesenarbeit. In: Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum, Wiesbaden, S. 529-557

Müller, C. W. (1996): Gemeinwesenarbeit. In: Kreft/Mielenz (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim, Basel, S. 232-233

Preis, M. (2004): Endogene Potenziale und Gestaltungspessimisten. In: Außerschulische Bildung: Zivilgesellschaft: Voraussetzung und Aufgabe politischer Bildung, H. 4, S. 394-403

Stövesand, S./Stoik, C. (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit. In: Stövesand/Stoik/Troxler (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen, S. 14-36

Arbeitsgruppenphase II

Diskussion in Kleingruppen zu den Leitfragen:

1) Was nehme ich für die eigene Arbeit mit?

2) Wie kann Gemeinwesenarbeit den aktuellen Anforderungen gerecht werden?

Fotoprotokoll der AG-Phase im Anhang ab S. 71

Susanne Maurer eröffnete den letzten Teil der Tagung mit der Begrüßung von Frau Stefanie Lambrecht, der Jugendamtsleiterin der Stadt Marburg, die sich für die abschließende Podiumsdiskussion zu Frau Dr. Marx, Herrn Fehren und Herrn Kummer gesellte. Bevor sie inhaltlich einstieg, ergriff Frau Maurer noch die Gelegenheit um sich bei den Beteiligten und Organisator_innen der Tagung für deren Ausrichtung bedankte.

Ergebnisse der Fachtagung

Prof. Dr. Susanne Maurer, **Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg**

Einleitend bezog sich Maurer auf die von Christoph Kummer referierten Thesen zur Gemeinwesenarbeit und zeichnete im Wesentlichen drei Zielscheiben, die eine besonders hohe Zustimmung beim Voting durch die Tagungsteilnehmer_innen auswiesen, nach.

1) So lange es sozialräumlich Ungleichheit und Ausgrenzung gibt, ist GWA eine Daueraufgabe.

2) Die Gemeinwesenarbeit braucht eine regelhafte Basisausstattung, um langfristige Stadtteilentwicklungsprozesse zu begleiten und eine erfolgreiche Projektarbeit, die nachhaltig wirkt, leisten zu können.

3) Die Gemeinwesenarbeit stärkt durch Hilfe zur Selbsthilfe die Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation der Menschen. (und ist damit auch Bildungsarbeit - Ergänzung durch Frau Maurer)

Anschließend ging Frau Maurer auf das Ziel und das Anliegen dieser Tagung ein und formulierte, dass es den Veranstalter_innen zum einen darum gehe, eine aktuelles Verständnis und die besondere Qualität der Gemeinwesenarbeit herauszuarbeiten. Eine dieser Qualitäten beschreibt sie sinngemäß mit Oliver Fehrens These: „Wo GWA bereits langfristig implementiert ist, ist ein Gemeinwesen besser in der Lage auf akute, neue Herausforderungen zu reagieren und diese im Sinne von Integration, Solidarität und Demokratie zu bearbeiten.“

Ferner sei es auch ein Ziel gewesen, zu einer Ermutigung beizutragen - einer Ermutigung für die Gemeinwesenarbeit zu stehen und sich für sie, ihre Hauptanliegen und Arbeitsprinzipien, wie sie auch an der Fachtagung herausgearbeitet wurden, stark zu machen.

In der chronologischen Reihenfolge fasste Susanne Maurer dann die Ergebnisse, Herausforderungen und weiterführenden Fragen aus den Arbeitsgruppen zusammen und betonte dabei, dass du intensiven und vielfältigen Diskussionen an dieser Stelle nicht in Gänze dargestellt werden könnten.

Sichtbarkeit von Gemeinwesenarbeit

Häufig und intensiv diskutiert wurde die Frage, wie die Leistungen der Gemeinwesenarbeit sichtbar(er) werden bzw. präsent(er) gemacht werden können? Dieser Frage nachzugehen ist besonders vor dem Hintergrund des Spannungsfeldes interessant, das sich durch sie ergibt, wenn GWA einerseits sichtbarer werden muss oder soll, um gesellschaftlich anerkannt oder gesehen zu werden und andererseits in seiner Arbeitsweise eher zurückhaltend ist und im Hintergrund agiert, da es ihr darum geht, dass insbesondere die Leistungen, Initiativen und

Handlungspotenziale der Bürger_innen, mit denen sie arbeitet, sichtbar werden.

Mobilisierung von Bürger_innen

Angesichts einer zunehmenden Komplexität der Lebenslagen von Bürger_innen in Quartieren und einer beobachtbaren Tendenz zu Individualisierung in den Stadtteilen steht die Gemeinwesenarbeit vor der Herausforderung die Menschen für gemeinsame Themen - sofern diese überhaupt identifiziert werden!? - zu mobilisieren und diese solidarisch in politischen Diskursen zu verhandeln. Hier stellt sich auch die weiterführende Frage, wie auch (Diskurs-) Räume zukünftig gestaltet werden müssen, damit Bürger_innen diese mitgestalten können und wollen?

Bedarfe der GWA

Eine breite Übereinstimmung herrschte bei den Tagungsteilnehmer_innen hinsichtlich dessen was Gemeinwesenarbeit benötigt. So braucht es ebenso viel Raum, Zeit, und Geduld, wie auch Unterstützung und Ressourcen durch die öffentliche Hand, damit GWA ihre Aufgaben wahrnehmen und den Bedarfen und Bedürfnissen der Bürger_innen gerecht werden kann.

Standards der Gemeinwesenarbeit!?

Kontrovers wurde die Frage nach einer Standardisierung in der GWA diskutiert. In Anbetracht der Komplexität von individuellen Lebenslagen, einer defizitären und individualisierenden (Sozial-) Politik, die Menschen die Schuld an ihrer Lage zuschreibt und nahezu täglichen Unerwartbarkeiten in der praktischen Arbeit, scheint die Frage nach standardisierten Abläufen und Arbeitsformen eine große Herausforderung für die Zukunft zu sein.

GWA für Alle?

Diese Frage wurde lediglich andiskutiert und blieb als offene Frage im Raum stehen. Nichtsdestotrotz erschien sie insofern relevant, als dass Gemeinwesenarbeit mit ihrer spezifischen Qualität auch außerhalb von Armutsquartieren ein Arbeitsprinzip sein kann, von dem Bürger_innen profitieren könnten.

Grenzen der Gemeinwesenarbeit

Ein weiterer wichtiger Aspekt der an der Tagung herausgearbeitet werden konnte bezieht sich auf die Begrenzung von GWA. Folglich kann Gemeinwesenarbeit eine Sensibilisierung für Probleme leisten, muss aber ebenso erkennen und benennen, dass sie diese in manchen Fällen nicht lösen kann. Umso bedeutsamer wird es eben jenes Spannungsfeld zu thematisieren und anzuerkennen.

Das Gleichgewicht zwischen Kooperation und Konflikt

Einem Drahtseilakt gleicht die Herausforderung im Spannungsfeld zwischen den Interessen der öffentlichen Auftrag- bzw. Geldgeber und Bürger_innen- Interessen, die nicht selten im Widerspruch zueinander stehen, zu agieren. Die Aufgabe, auf eine Balance zwischen Kooperation und Konflikt mit den Kommunen zu achten, erscheint vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen essenziell für die Gemeinwesenarbeit.

Welche Bedeutung haben Individualisierung und Digitalisierung für die GWA?

Wirken sich diese beobachtbaren gesellschaftlichen Trends unmittelbar auf die Gemeinwesenarbeit in den Quartieren aus -und wenn ja, wie? Die zuvor erwähnte Individualisierung geht zunehmend einher mit einer tiefgreifenden Digitalisierung. Dies hat zur Folge, dass sich Menschen zusehends in die Privatheit und die

Digitalität zurückziehen. Inwiefern diese These auf die Stadteile zutrifft, in denen GWA aktiv ist und welche Folgen dies beispielsweise für die Begegnung - die ein spezifisches GWA-Merkmal darstellt - dort hat, gilt es zukünftig zu beobachten, so Maurer.

Transparenz in der Gemeinwesenarbeit?

Wie schafft es GWA bei immer komplexer werdenden Förder- und Finanzierungsstrukturen und infolge der Professionalisierung, ausdifferenzierterer Organisationsstrukturen, transparent und nachvollziehbar für die Bewohner_innen zu bleiben? Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Strukturen und Arbeit von GWA sind und bleiben auch zukünftig ein Kriterium für ein Vertrauensverhältnis zwischen Bürger_innen und GWA-Trägern.

Resümee der Tagung

Dr. Marie-Luise Marx, Leiterin des Referates IV5 „Sozial- und Eingliederungshilfe, Frühförderung“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration

Frau Dr. Marx bedankte sich bei allen Beteiligten für den intensiven und lehrreichen Fachtag, aus dem sie vieles in ihre Arbeitswelt mitnehme und hofft, dass sich einiges davon auch umsetzen lassen wird. Auf die Frage nach dem Wunsch und Bestreben, Gemeinwesenarbeit als Daueraufgabe fest zu verankern, sie mit langfristigen Strukturen und Ressourcen auszustatten, müsse man in Zukunft eine Antwort finden. Dies müsse man bei der Überarbeitung der Förderrichtlinien für das Landesprogramm angehen. Ziel der Landesregierung sei es eine erfolgsorientierte GWA mit Praxisnahen Lösung an den Standorten weiterzuentwickeln.

Stefanie Lambrecht, Leiterin des Fachbereich 5 - Kinder, Jugend und Familie der Universitätsstadt Marburg

Frau Lambrecht übermittelte zu Beginn Glückwünsche des Marburger Jugendamtes an den AKSB und betonte, dass sie sich freue, dass dieser Fachtag in Marburg stattfinden konnte. Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit sind in Marburg historisch gewachsen und sind nicht aus dem Stadtbild wegzudenken. So waren die GWA-Projekte seit jeher auch handlungsleitend und ein Impulsgeber für andere Bereiche der Sozialen Arbeit, aber auch der Stadtentwicklung in Marburg.

Lambrecht thematisierte anschließend die wichtige Frage welche Themen in einem Stadtteil dominant besetzt werden und damit einhergehend auch welche Gruppen im Fokus der GWA stehen und warum dies so ist. Geschehe dies vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen auf die man reagieren müsse, oder entscheide man sich bewusst für eine gewisse Zielgruppe bzw. ein Thema?

Zentrale Bedeutung für die Bearbeitung dieser Herausforderungen habe für sie dabei die Frage nach der Einbeziehung und Beteiligung der Bürger_innen, die immer wieder neu definiert bzw. angepasst werden müsse.

Aus Sicht der Stadtverwaltung bestätigte sich mit dieser Fachtagung erneut die Bedeutung der Partnerschaft mit den drei Trägern der Gemeinwesenarbeit im Stadtgebiet. In Marburg zeige sich ferner, dass es auch außerhalb der GWA-Quartiere zu sozialer Ungleichheit und

Benachteiligung komme und so Lambrecht weiter: „ich sehe uns schon auch in der Verantwortung bestimmte Strategien auch an diese Orte zu transportieren und zu schauen, wie wir auch da mit den Erfahrungswerten und Handlungsansätzen von GWA in die Unterstützung reingehen."

Christoph Kummer, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen

Christoph Kummer hob positiv hervor, dass sich an diesem Fachtag endlich wieder die Gelegenheit ergab, sich über das Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit auszutauschen. Zu oft musste in den letzten Jahren bei den Austauschrunden die Fragen zur Finanzierung der Arbeit und der Realisierbarkeit von Projekten in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden.

Momentan bestehe mit der Förderung durch das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit in Verbindung mit dem Programm Soziale Stadt die Möglichkeit, sich wieder inhaltlichen und konzeptionellen Fragestellungen zuzuwenden, herauszuarbeiten, welche Qualitäten GWA tatsächlich hat, welche Fachlichkeit bereits vorhanden ist, um diese letztendlich auch selbstbewusst zu vertreten. Aktuell seien noch Schwächen zu erkennen, insbesondere bei der Darstellung der Wirkung der eigenen Arbeit. Dazu verwies er auf zwei Veranstaltungen, die zu dem Themenkreis stattfinden:

16.11.2017 in Köln: Transferwerkstatt zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zum Thema **"Soziale Stadt – Wirkungen kommunal beobachten und bewerten"**

20. – 21.11.2017 in Berlin: Fachforum **„Wirksamkeit von Gemeinwesenarbeit und Quartiermanagement"** der BAG Soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Kummer betonte, dass Gemeinwesenarbeit das Gegenüber einer Verwaltung und Politik brauche, die verstehe, welchen Beitrag GWA für eine gelingende soziale Stadtteilentwicklung beisteuern kann und welche Rolle und Haltung sie dafür auch einbringen können muss. Das Verhältnis zueinander müsse unbedingt auf Vertrauen basieren.

Abschließend lud der Geschäftsführer der LAG die Tagungsgäste ein, die Diskussionen rund um Qualitätsmerkmale und Standards der GWA weiter zu diskutieren. Gemeinsam mit der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen wurde bereits ein Papier erstellt, das auch eine gute Grundlage für die Diskussion und Bearbeitung in Hessen sei. Das Thema Qualitätsmerkmale und Standards der GWA habe darüber hinaus auch überregional z.B. in der Sektion Gemeinwesenarbeit der DGSA (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit) oder der zweijährlich stattfindenden GWA-Werkstatt (Veranstaltet von der Bundesakademie für Kirche und Diakonie in Zusammenarbeit mit der Sektion GWA) hohe Bedeutung. Diese Diskussionsstränge sollten im weiteren Verlauf in die Bearbeitung des Themas in Hessen einfließen. Eine Abfrage per Handzeichen zum Interesse der Anwesenden, sich intensiver mit den Fragen zur Profilschärfung auseinanderzusetzen und sich an einer Folgeveranstaltung zu beteiligen, ergab eine große Resonanz für eine Fortführung. Ein Termin Ende Januar 2018 soll daher zeitnah organisiert werden.

Prof. Dr. Oliver Fehren, Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit

Herr Prof. Dr. Fehren widmete sich in seinem Abschlussstatement zwei für ihn wesentlichen Themen.

Konfliktorientierung in der GWA

Bezugnehmend auf das Voting der These „GWA muss konfliktorientiert sein/bleiben!“, das sehr differziert ausfiel, betonte Fehren, dass er es lohnenswert fände eine Konfliktorientierung in der GWA beizubehalten.

Diese sei schließlich bereits bei den Anfängen der Gemeinwesenarbeit handlungsleitend gewesen. Eine Veränderung der Bereitschaft zur Konfliktorientierung sei bereits deutlich spürbar und zeige sich auch im Stimmverhalten der Tagungsteilnehmer_innen.

Fehren erinnerte ferner an eine lange Debatte um die sogenannte intermediäre Gemeinwesenarbeit in der massive Kritik an einer naiven Form der Parteilichkeit geübt wurde. Demnach könne es nicht darum gehen, in Konflikten, um der Schlichtung und Beschwichtigung willen, schnell Partei zu ergreifen, sondern vielmehr darum Konflikte (wieder) produktiv zu machen. Die Entfernung von der Konfliktorientierung sei vielmehr gefährlich, da GWA so schnell nur noch für zur Schaffung von Harmonie im Stadtteil beauftragt und gebraucht wird und somit ihren gesellschaftlichen Nutzen einbüßt.

Es brauche eine GWA, die Konflikte früh erkennt und bearbeitet, da dies auch eines ihrer Alleinstellungsmerkmale ist : „GWA ist die einizge Zunft im Konzert der Sozialen Arbeit, die nicht nur zu einer bestimmten Zielgruppe Kontakt hat.“ Dass dies angesichts Angesichts der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Trägern und Geldgebern ein Balanceakt ist, lässt Fehren dabei nicht ausser Acht, ermutigt aber sich auf diesen einzulassen. Am Besipiel von Marburg, die er als „Hochburg der GWA“ bezeichnet, hebt er optimistisch hervor, dass es möglich sei Dialogverfahren zu etablieren, die eine erfolgreiche und konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit zu betreiben.

Rolle der Hochschulen

Fehren erinnert daran, dass die Geschichte der GWA in Deutschland immer sehr eng mit Universitäten und Hochschulen verbunden war.

Aktuell sei aber bedauerlicherweise nicht zu erwarten, dass die völlig durchökonomisierten Hochschulen erneut zu einem Innovationsmotor für die Gemeinwesenarbeit werden könnten.

Die (Zeit-) Räume für die Entwicklung von Projekten in der Praxis sind mit Lehrdebutaten und ECTS-Punkten nur schwer in Einklang zu bringen.

Fehren plädierte jedoch dafür die, wenn auch kleinen Räume zu nutzen und schlägt konkret vor, dass sich Hochschulen, Kommunen und Träger der GWA in einer verbindlichen Kooperation dauerhaft zusammenfinden. Es brauche hierfür jedoch ein klar formalisiertes „Gefäß“ und einen deutlich formulierten Bedarf nach einem stetigem Lehr-Forschungs-Praxis-Austausch von den GWA-Trägern.

Abschließende Worte

In der Abschlussdiskussion kam noch einmal Susanne Maurer zu Wort und rundete die Statements ihrer Vorredner_innen ab, in dem sie das Bild von einer Gemeinwesenarbeit zeichnete, auf dem sie als Übersetzerin zwischen Kommune, Land, Politik Bewohnerschaft und Hochschule agiere, worin sie gut und unverzichtbar sei. Frau Maurer bedankte sich bei allen Beteiligten und Tagungsgästen und wünschte abschließend noch konstruktive weitere Gespräche.

Christina Hey stellte abschließend noch einmal fest, dass Gemeinwesenarbeit nur so gut funktionieren könne, wenn sie langjährige Mitarbeiter_innen habe. Die Beziehungskomponente zwischen GWA und Bewohner_innenschaft mache die Arbeit überhaupt erst möglich.

Hey bedankte sich bei allen Anwesenden für ihr reges Interesse sich über das Selbstverständnis von GWA auszutauschen und wünschte allen eine gute Heimreise.

50 Jahre Arbeitskreis Notunterkünfte – Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.

Der Anfang:
1965: Studenten der KHG und der ESG gehen in die Obdachlosensiedlung „Im Krekel“.

Aus einem Besuch zu Nikolaus entsteht eine Hausaufgabenbetreuung.

Bewohnerversammlungen werden durchgeführt.

Die Arbeit wird im Caritas-Diakonie-Arbeitskreis geplant und koordiniert.

Mit Studenten allein ist die Arbeit auf Dauer nicht zu leisten. Um hauptamtliche Mitarbeiter einstellen zu können, wird am 3.Juni 1967 der AK Notunterkünfte gegründet.

Im Oktober 1967 wird die erste Spielstube in Hessen eingerichtet. Als erste hauptamtliche Kraft wird eine Kindergärtnerin beschäftigt.

Im Zuge der Planungen zum Bau der Autobahn wird die Auflösung der Siedlung am Krekel beschlossen.

1969 wird die erste Sozialarbeiterin beschäftigt. Ihre Arbeit besteht in der Bewohnerberatung und der Begleitung der Bewohner bei der Auflösung der Siedlung.

1972 eröffnet der AK Notunterkünfte zwei Spielstuben im Waldtal.

1973 verlässt die letzte Bewohnerin den Krekel. Die Spielstube im Krekel wird geschlossen.

25.10.2017 19

1973 beschließt der Verein, sich in „Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg“ umzubenennen.

Er bezieht sich damit auf ein Papier des Deutschen Städtetags sowie auf den so genannten hessischen „Brennpunkterlass“.

25.10.2017 20

1974 wird die erste Frauengruppe im Waldtal gegründet.
Eine bewegte Zeit der Arbeit für und mit Frauen beginnt.

25.10.2017 21

25.10.2017 22

25.10.2017 23

25.10.2017 24

25.10.2017 25

Eine erste Stadtteilanalyse wird im Waldtal durchgeführt.

In deren Folge gibt es erste Planungen zu einem Kindergarten und Sozialzentrum auf der Lowkaschen Wiese.

25.10.2017 26

1975 beschließt die Stadtverordnetenversammlung ein „Stadtteilentwicklungsprogramm Waldtal“.

Die Modernisierung der städtischen Wohnungen im Waldtal beginnt.

Ein neuer Gebäudekomplex am Rain entsteht.

25.10.2017 27

Der AKSB begleitet den Sanierungsprozess und arbeitet in der AG Waldtal mit.

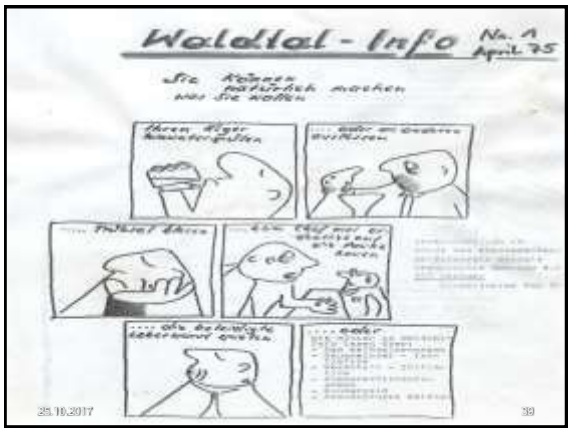
25.10.2017 28

25.10.2017 29

25.10.2017 30

1975 zieht der Verein in den Ginseldorfer Weg 50 um, wo er bis heute seinen Sitz hat.

Das erste Waldtal-Info erscheint.



1976 wird statt der abgelehnten Kindertagesstätte das „Spielhaus“ eröffnet mit Vorschulgruppen, Hausaufgabengruppen und Sonderschulgruppen.

Ein Schwerpunkt der Erwachsenenarbeit bildet die Arbeit mit Sinti, Landfahrern und Schaustellern.

1979 beteiligen sich Bewohnerinnen und Bewohner des Waldtals gemeinsam mit dem AKSB an einer zentralen Demonstration gegen die Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe.

Der AKSB und die Stadt Marburg schließen 1980 einen Vertrag zur Absicherung der Kinder-, Schüler- und Erwachsenenarbeit in Marburg.

In einem von mehreren Partnern getragenen Modellprojekt „Arbeitslosigkeit und Sport“ werden 1982 die Ansätze einer sportbezogenen Jugendsozialarbeit entwickelt, die 1986 in die Gründung des BSJ münden.

Ein Arbeitsschwerpunkt wird in der Familienhilfe gesetzt.

Die erste von mehreren Familienfreizeiten findet 1985 im Vogelsberg statt.

Medienpädagogik findet als neues Projekt Eingang in die Kinderarbeit.

1986 startet der AKSB seine „lokale Beschäftigungsinitiative“ mit dem Ausbau des TNT, 1989 wird gemeinsam mit „Arbeit und Bildung“ das Recyclingzentrum eröffnet.

Als weiterer Zweig der Beschäftigungsförderung wird 1991 speziell für Frauen von den drei Marburger Gemeinwesenvereinen das Beschäftigungsprojekt „L.O.B.I.“ gegründet.

1991 wird die lokale Beschäftigungsinitiative des AKSB zu „Betriebe Arbeit und Umwelt Marburg – B.A.U.M.“

1993 gehen beide Ansätze über in die Beschäftigungsgesellschaft „Integral“.

Aus drei mach eins: INTEGRAL soll Langzeitarbeitslosen helfen

Beschäftigungs-Gesellschaft führt drei Projekte von AKSB und LOGI weiter

Arbeitsansätze wie Suchtberatung und Altenarbeit finden mangels Finanzierung keine Fortsetzung über die ABM-Dauer hinaus.

1987 feiert der Verein sein 20jähriges Jubiläum gemeinsam mit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen unter dem Titel „20 Jahre Spiel- und Lernstuben in Hessen“.

Die Beschäftigung mit den Sozialisationsbedingungen von Kindern und die Einführung des KJHG führen zur Wiederbelebung der Forderung nach einem Kindergarten als einer Regeleinrichtung für das Waldtal.

Der AKSB entwickelt ein Konzept für eine Kindertagesstätte und erhält die Trägerschaft für die Kita, die 1996 eröffnet wird.

Kinder und Mitarbeiter ziehen mit den Vorschulgruppen vom Spielhaus in die Kita um.

Der Prozess der Eingliederung der Kita in die Gemeinwesenarbeit verläuft nicht ohne Probleme. Personelle Umbrüche sind die Folge.

Als Folge der Eröffnung der Kindertagesstätte wird der Schülerbereich neu organisiert.

Der AKSB übernimmt dabei 1997 auch Mitarbeiter und Gruppen des DKSB im Waldtal.

Bis heute ist die Schülerarbeit fester Bestandteil der Arbeit im „Kinderhaus“ des AKSB.

Der AKSB begleitet 1998 den Prozess der Ausstattung städtischer Wohnungen mit Gasheizungen u.a. mit Bewohnerversammlungen.

1999 veranstaltet die Kita gemeinsam mit dem St. Martinhaus das erste multikulturelle Begegnungsfest im Waldtal als Antwort auf die vermehrte Ansiedlung von vor allem osteuropäischen Migranten im Stadtteil.

Die drei Marburger Gemeinwesenvereine schließen 2000 mit der Stadt Marburg eine Rahmenvereinbarung zur Absicherung der Gemeinwesenarbeit in Marburg ab.

Vorausgegangen sind zahlreiche Diskussionen um die Gemeinwesenarbeit in Marburg. In diesem Prozess entsteht die „Steuerungsgruppe GWA“, in der neben den drei GWA-Einrichtungen auch der Jugendhilfeplaner der Stadt Marburg mitarbeitet.

Das Frauengesundheitsprojekt „Ich fühl mich wohl“ wird gemeinsam mit der BSF und dem FFGZ aus Frankfurt durchgeführt.

Im Rahmen einer aktivierenden Befragung mit Frauen und Gesundheitsdiensten werden Maßnahmen zu einer besseren gesundheitlichen Vorsorge für die Stadtteilfrauen entwickelt.

Weitere Aktivitäten schließen sich in den Folgejahren an:

Der AKSB entwickelt ein Konzept zur „Gesundheitsförderung im Quartier“ und führt entsprechende Angebote durch.

2006 beteiligt sich der Verein an dem Gesundheitsnetzwerk „Mittendrin“ des BSJ.

Im Rahmen von Programmen der hessischen Sportjugend kooperiert der Verein mit dem 1. FC Waldtal und weiteren Partnern.

Aktuell steht ein Gesundheitszentrum für das Waldtal zur Diskussion.

Die bereits in der Vergangenheit vorhandenen Ansätze von Kulturarbeit im AKSB finden seit 2001 neuen Ausdruck.

In Ausstellungen zeigen die StadtteilbewohnerInnen, was in ihnen steckt.

Das Kulturprojekt „ALL-Tag im Waldtal“ wird gemeinsam mit anderen Institutionen aus dem Stadtteil durchgeführt.

Im Zuge der Diskussion um die Obdachlosenpolitik der Stadt Marburg und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird die Kooperation der Stadtteil-organisationen wieder belebt.

2003 wird der „Stadtteilarbeitskreis Waldtal“ gegründet.

2003 streicht das Land Hessen - vorher seit 30 Jahren ein Partner und wichtiger Unterstützer der Gemeinwesenarbeit in sozial benachteiligten Quartieren - unter einer CDU-Regierung seine kompletten Fördermittel.

Neben Entlassungen und Stundenreduzierungen von Mitarbeitern bedeutet dies die Schließung einer Schülergruppe und einen großen Einbruch in der Frauenarbeit.

Sowohl in Marburg als auch in Wiesbaden protestieren Menschen aus dem Stadtteil und AKSB-MitarbeiterInnen gegen die „Operation düstere Zukunft“.

Durch ein L.O.S.-Projekt zur Beschäftigungsförderung von MigrantInnen entwickeln sich 2004 intensive Kontakte zu den Menschen aus den ehemaligen G.U.S.-Staaten.

Es entsteht eine russischsprachige Frauengruppe. Sie übernimmt die Gestaltung der „Russischen Abende“.

2005 wird das erste „Väterchen Frost“ im Stadtteil gefeiert.

Bereits 2005 startet der AKSB mit der die Maßnahme „Zusammen wachsen“ als Element früher Hilfen.

Im Mittelpunkt stehen Eltern mit Kindern unter drei Jahren.

Ziele sind die Stärkung der Eltern, die Förderung der kindlichen Entwicklung Kinderförderung sowie die Förderung der Interaktion zwischen Eltern und Kindern.

Die Kita feiert 2006 ihr 10jähriges Jubiläum als eine zentrale Einrichtung für die Betreuung und Förderung aller Kinder des Waldtals.

Der Verein erhält in diesem Jahr auch erstmals Mittel des Kreis Job Centers für die Beratung von ALG II-Beziehern im Stadtteil.

Am 4.Mai 2007 feiert der AKSB sein 40jähriges Vereinsjubiläum – nicht am Rande, sondern mitten in der Stadt im Rathaus.

25.10.2017 103

25.10.2017 104

Mit Unterstützung der Stadt Marburg und in Kooperation mit dem Landesverband der Sinti und Roma Hessen übernimmt der AKSB 2008 die Trägerschaft für das Projekt „Sinti-Mediation“.

25.10.2017 105

Hierbei geht es um die Entwicklung von Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche und die Beratung und Unterstützung einzelner Familien.

25.10.2017 106

Wer darf über und für den Stadtteil sprechen?

Der Konflikt auf Grund des Alleinvertretungsanspruchs der Stadtteilgemeinde spitzt sich zu.

Es finden Klärungsgespräche auf Magistratsebene statt.

25.10.2017 107

Erst 2010 nach einem Wechsel im Vorstand der Stadtteilgemeinde entspannt sich die Situation und es entsteht eine konstruktive Zusammenarbeit.

25.10.2017 108

2014 mündet die bisherige Kooperation mit der Geschwister-Scholl-Grundschule in die Förderung „Sozialpädagogisches Handeln an Schulen“.

2014 – insgesamt ein glückliches Jahr für den Verein:

Der AKSB erhält für seine Arbeit den Hessischen Familienpreis.

Die Krippengruppe wird endlich in der Kita eröffnet.

Das Waldtal in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

2014 unterstützt der AKSB eine Bürgerinitiative zur Wiedereinführung der Linie 3 für das Waldtal.

Er organisiert Gespräche mit den Stadtwerken und der Politik und begleitet BürgerInnen in den Nahverkehrs- und Seniorenbeirat.

MARBURG

Waldtal fordert bessere Bus-Anbindung

Im Dezember 2015 fährt die Linie 3 wieder den Stadtteil an.

Da im Waldtal das Gros der Marburger Obdachlosen-wohnungen angesiedelt ist, fordert der AKSB schon seit langem die Entwicklung von Perspektiven für die bisher dort dauerhaft untergebrachten Menschen.

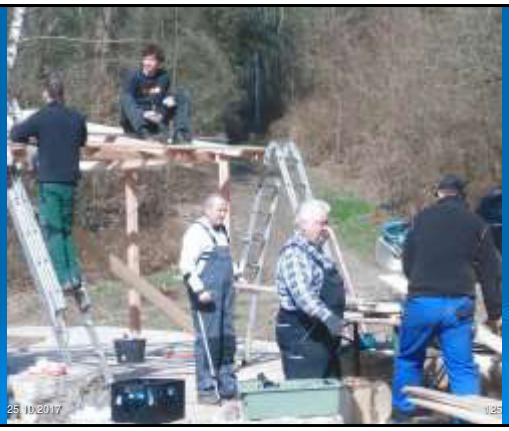
2015 legt die Stadt schließlich bei einem Runden Tisch „Wohnungslosenhilfe“ ein Konzept zum Umgang mit Obdachlosigkeit in Marburg vor.

Der AKSB bringt seine Vorstellungen ein und arbeitet mit an der Konkretisierung des Konzepts.

2015 wird der AKSB Träger des Quartiers-managements im Waldtal.

In zahlreichen Beteiligungs-veranstaltungen erhebt der AKSB die Interessen und Wünsche der StadtteilbewohnerInnen zur Weiterentwicklung des Stadtteils.

Gleichzeitig aktiviert er die BewohnerInnen zur Mitarbeit an Projekten zur Stadtteilgestaltung und begleitet die Arbeit.



Durch das Projekt „Im Stadtteil aktiv“, gefördert über das Bundesprogramm „BIWAQ“, sind neue Ansätze zur Beschäftigungsförderung entstanden, die eng mit dem Programm Soziale Stadt verknüpft sind.

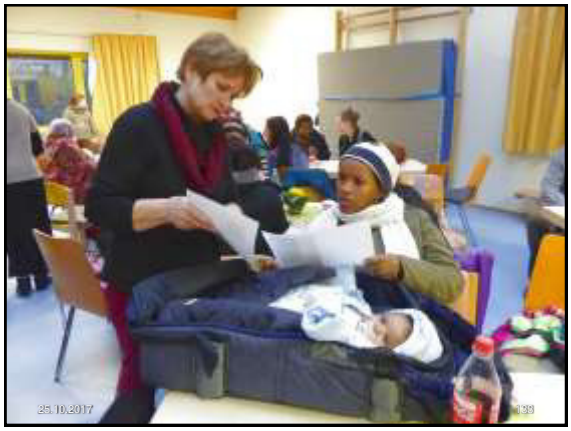
In „Stadtteilwerkstätten“ beteiligen sich die Bewohnerinnen und Bewohner an der Verschönerung ihres Stadtteils.

Durch den Zuzug von Flüchtlingsfamilien entstehen 2014/2015 neue Anforderungen.

Es gilt, die Bedarfe der zugezogenen Familien aufzugreifen und eine Willkommens- und Begegnungskultur zu implementieren.

2015 fördert das Land Hessen nach 12 Jahren erstmals wieder Gemeinwesenarbeit in Hessen.

Der AKSB nutzt die Mittel 2016 und 2017 für die Unterstützung der Flüchtlingsfamilien und ihre Integration in den Stadtteil.



2017 feiert der Verein sein 50jähriges Bestehen.

Zu seinem Geburtstag organisiert er gemeinsam mit langjährigen Partnern einen Fachtag „Gemeinwesenarbeit“.

Dazu ein herzliches Willkommen!

Uns allen eine interessante und lehrreiche Veranstaltung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Voting der Thesen zur Gemeinwesenarbeit

These 1: GWA ist in Stadtteilen tätig, wo sich besonders belastete Lebenslagen verdichten.

These 2: GWA vernetzt und ist solidarisch! (gegen Konkurrenzdenken)

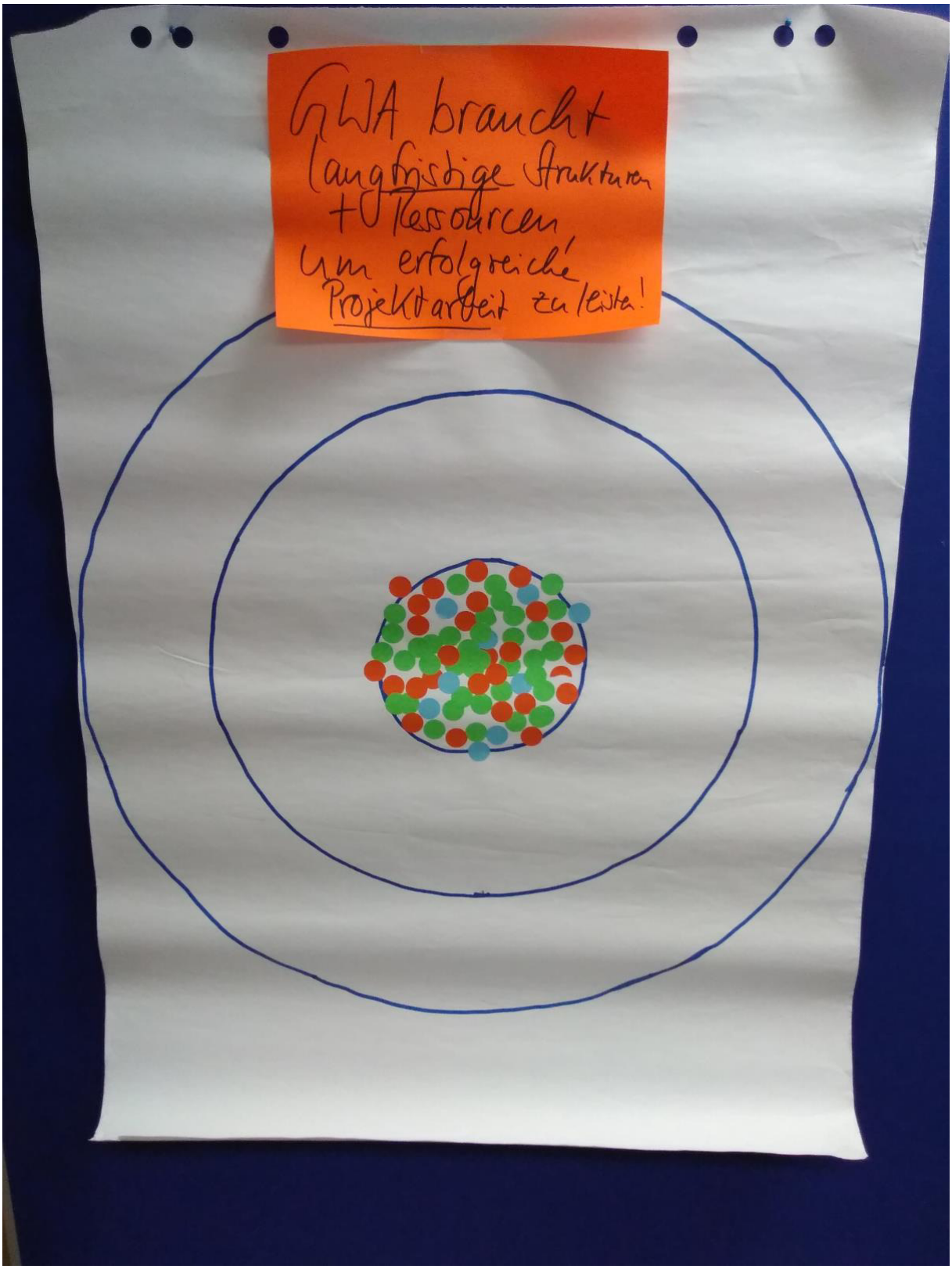
These 3: GWA muss „Konfliktorientiert“ sein/bleiben!

These 4: GWA ist gesellschaftspolitisch auf allen Ebenen aktiv!

These 5: GWA arbeitet integriert, integrierend, integrativ!

These 6: GWA stärkt und unterstützt besonders benachteiligte Gruppen + arbeitet von da aus in die Stadt

These 7: GWA braucht langfristige Strukturen + Ressourcen, um erfolgreiche Projektarbeit zu leisten!



These 8: GWA stärkt Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation der Bewohner_innen

These 9: GWA ist Impulsgeber_in für „lokale(s) Demokratie/Gemeinwesen“

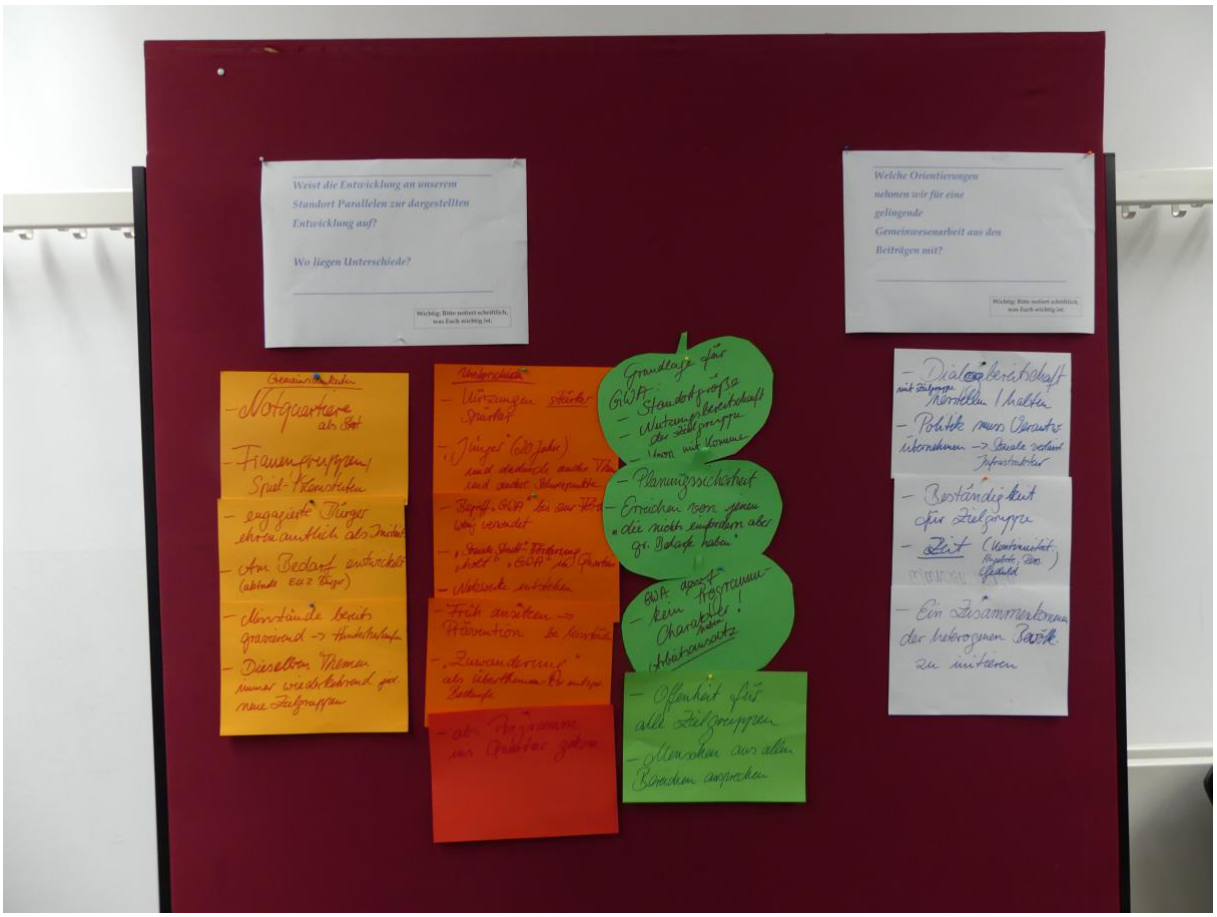
These 10: GWA fördert Solidarität zwischen Ungleichen!

Fotoprotokoll der AG- Phase I

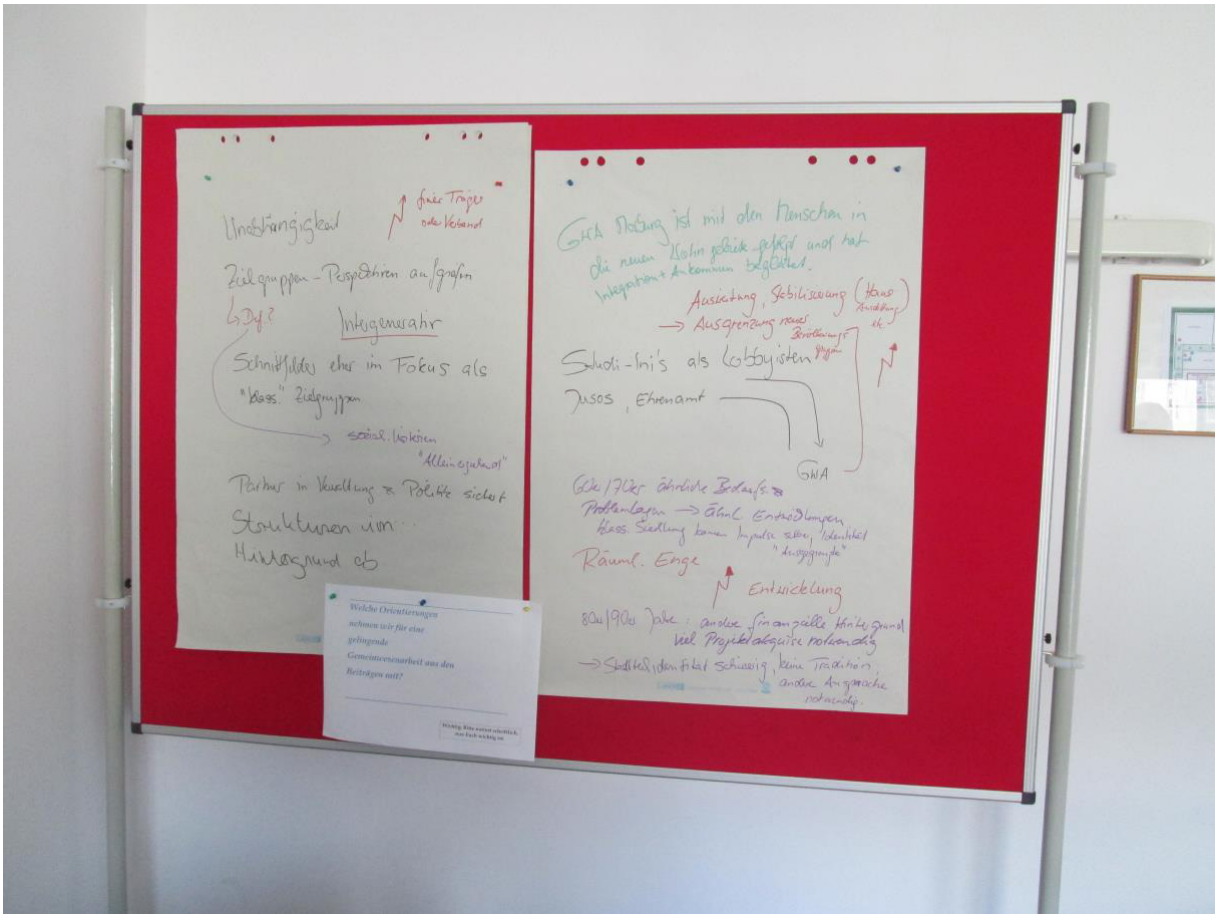
Grundlage der Diskussion, waren die von Christoph Kummer aufgeworfenen Thesen. Diese wurden unter folgenden Fragestellungen in Gruppen diskutiert.

1) Welche Orientierungen nehmen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?
2) Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf? Bzw. Wo liegen Unterschiede?

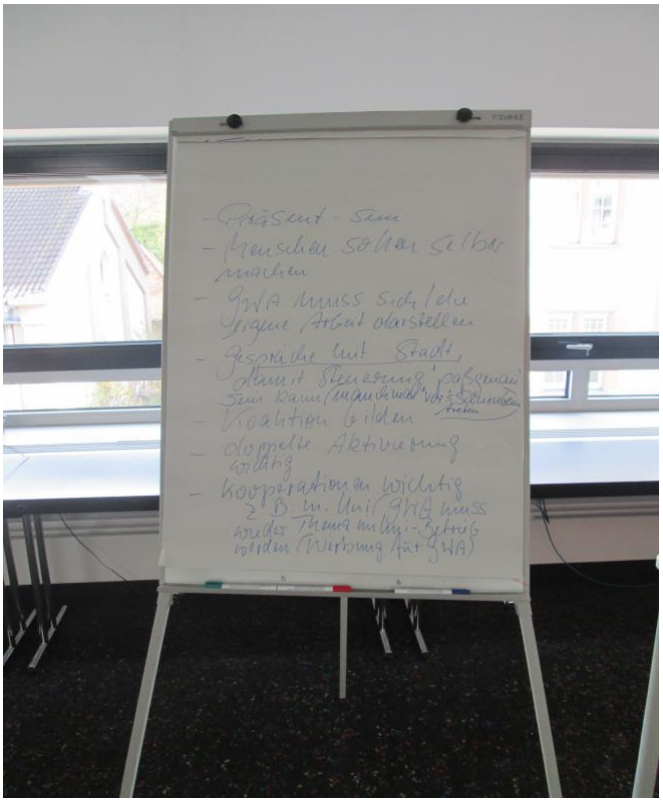
AG I



AG II


Unabhängigkeit
freier Träger
oder Verband
Zielgruppen-Perspektiven aufgreifen
Integrierwahr
Schnittfelder eher im Fokus als
"klass." Zielgruppen
sozial. Lokalen
"Alleingehen"
Partner in Verwaltung & Politik sichert
Strukturen um
Hintergrund ab
Welche Orientierungen
nehmen wir für eine
gelingende
Gemeinwesenarbeit aus den
Beiträgen mit?
Aussiedlung, Stabilisierung
Ausgrenzung neues
Schuli-Ini's als Lobbyisten
Jusos, Ehrenamt
GWA
Räuml. Enge
Entwicklung

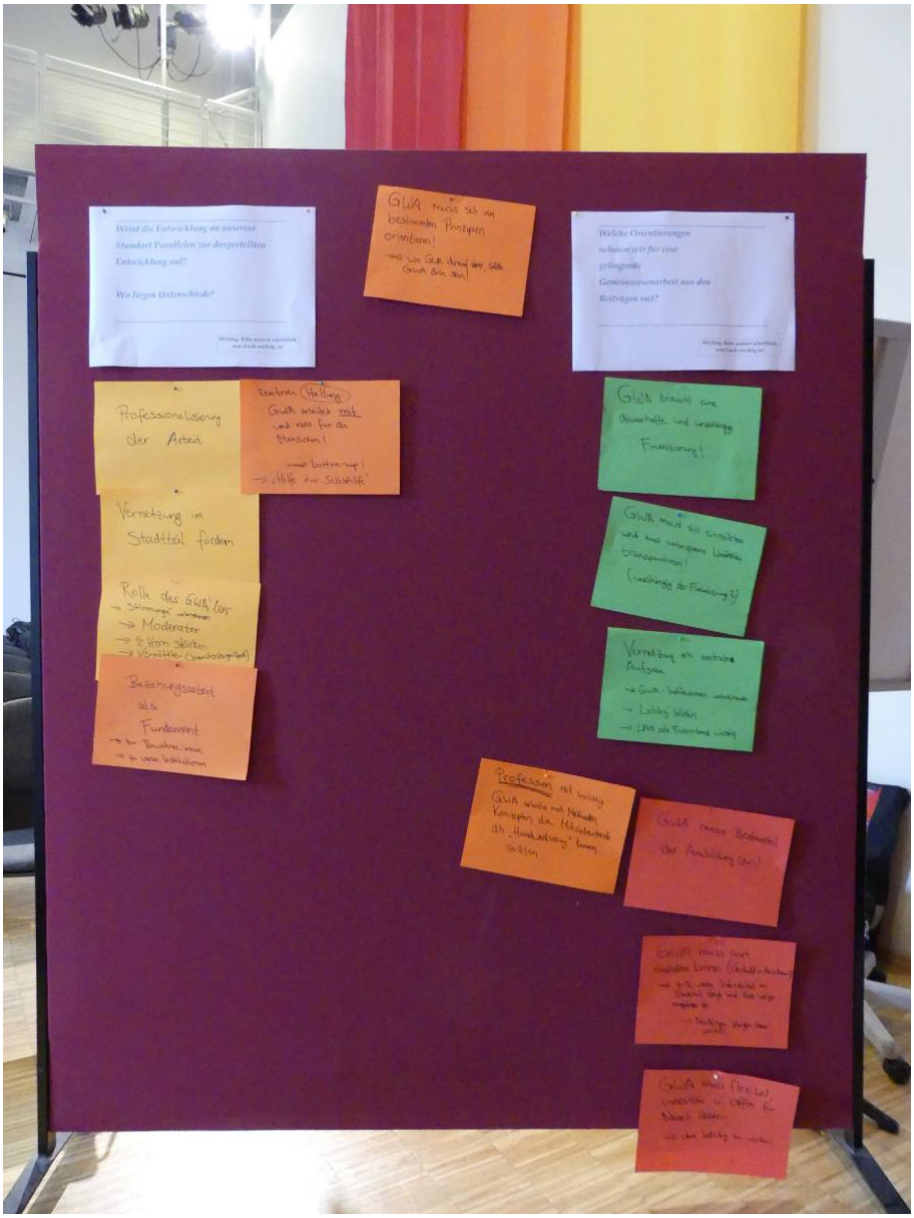
AG III


- Präsent - sein
- Menschen sollen selber machen
- GWA muss sich/die eigene Arbeit darstellen
- Gespräche mit Stadt, damit Steuerung 'passender' zum Raum/Quartiersmanagement wird
- Koalition bilden
- doppelte Aktivierung wichtig
- Kooperationen wichtig
z.B. in Uni GWA muss wieder Mensa Multi-Betrieb werden (Werbung für GWA)

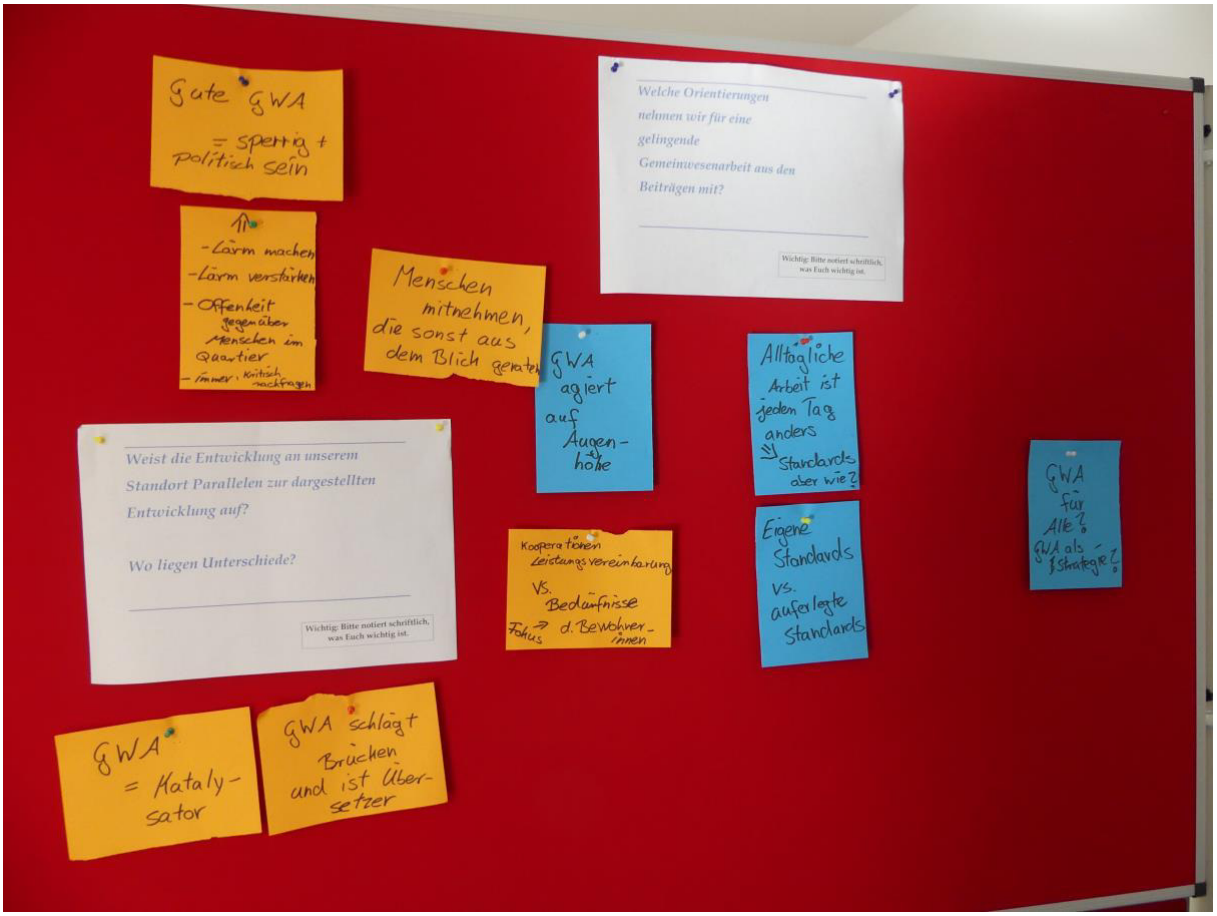
AG IV

Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf?
Wo liegen Unterschiede?
Welche Orientierungen nehmen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?
Bedarf paßt sich Zeitgeist an
Rahmenbedingungen setzen Ressourcen u. dominieren die Arbeit
Hochphasen u. „Reifphasen" wechseln
Projekthis kommt Entwicklungen
Gesellschaft wird komplexer
alle Interessengruppen miteinbeziehen
politischen Rückenwind
Vernetzung von gute Plattformen zu bekommen
Kommunale Spielräume ausnutzen können
Beteiligung geht tatsächlich (auch innerhalb von GWA Phasen) zurück
Beteiligung motivation nimmt mit negativer Erfahrung ab
Manifestierung sozialer Unzufriedenheit
GWA als sozialpolitisches Werkzeug
Wie organisiert man mit Räume für lebendige politische Diskussionen?

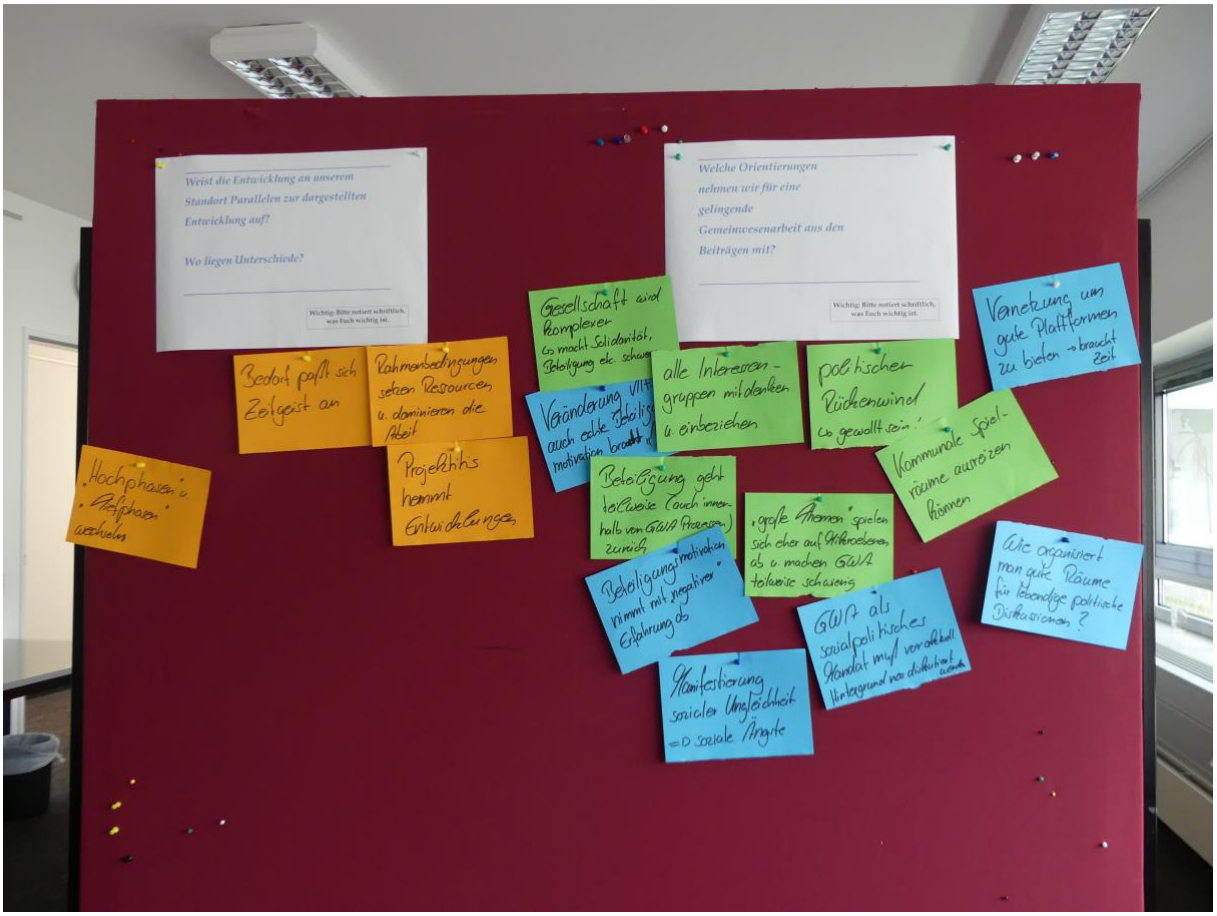
AG V


Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf?
Wo liegen Unterschiede?
GWA muss sich an bestimmten Punkten orientieren!
Welche Orientierungen schätzen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen ein?
Professionalisierung der Arbeit
Zentrum (Stellung)
GWA arbeitet mit und nicht für die Menschen!
→ bottom-up!
→ „Hilfe zur Selbsthilfe"
Vernetzung im Stadtteil fordern
Rolle des GWA'lers
→ Moderator
→ Ehrenamt stärken
→ Vermittler
Beteiligungsarbeit als Fundament
GWA braucht eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung!
Vernetzung als zentrale Aufgabe
→ Lobby bilden
Professionalisierung ist wichtig
GWA arbeitet mit Methoden
Konzepten
als „Handwerkszeug" benutzen sollten

AG VI


Gute GWA = sperrig + politisch sein
Welche Orientierungen nehmen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
- Lärm machen
- Lärm verstärken
- Offenheit gegenüber Menschen im Quartier
- immer, kritisch nachfragen
Menschen mitnehmen, die sonst aus dem Blick geraten
GWA agiert auf Augenhöhe
Alltägliche Arbeit ist jeden Tag anders
Standards aber wie?
Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf?
Wo liegen Unterschiede?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Kooperationen Leistungsvereinbarung
vs. Bedürfnisse
Fokus d. Bewohner-innen
Eigene Standards vs. auferlegte Standards
GWA für Alle?
GWA als Strategie?
GWA = Katalysator
GWA schlägt Brücken und ist Übersetzer

AG VII


Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf?
Wo liegen Unterschiede?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Welche Orientierungen nehmen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Bedarf paßt sich Zeitgeist an
Rahmenbedingungen setzen Ressourcen u. dominieren die Arbeit
Gesellschaft wird komplexer
alle Interessen-gruppen mitdenken u. einbeziehen
politischer Rückenwind
Verankerung um gute Plattformen zu bieten → braucht Zeit
„Hochphasen" & „Tiefphasen" wechseln
Projektitis hemmt Entwicklungen
Beteiligung geht teilweise (auch innerhalb von GWA Prozessen) zurück
Kommunale Spielräume ausnützen können
„große Themen" spielen sich eher auf Stadtteilebene ab u. machen GWA teilweise schwierig
Beteiligungsmotivation nimmt mit „negativer" Erfahrung ab
GWA als sozialpolitisches Mandat muß verankert, Hintergrund wo diskutiert wird
Wie organisiert man gute Räume für lebendige politische Diskussionen?
Manifestierung sozialer Ungleichheit ⇒ soziale Ängste

AG VIII

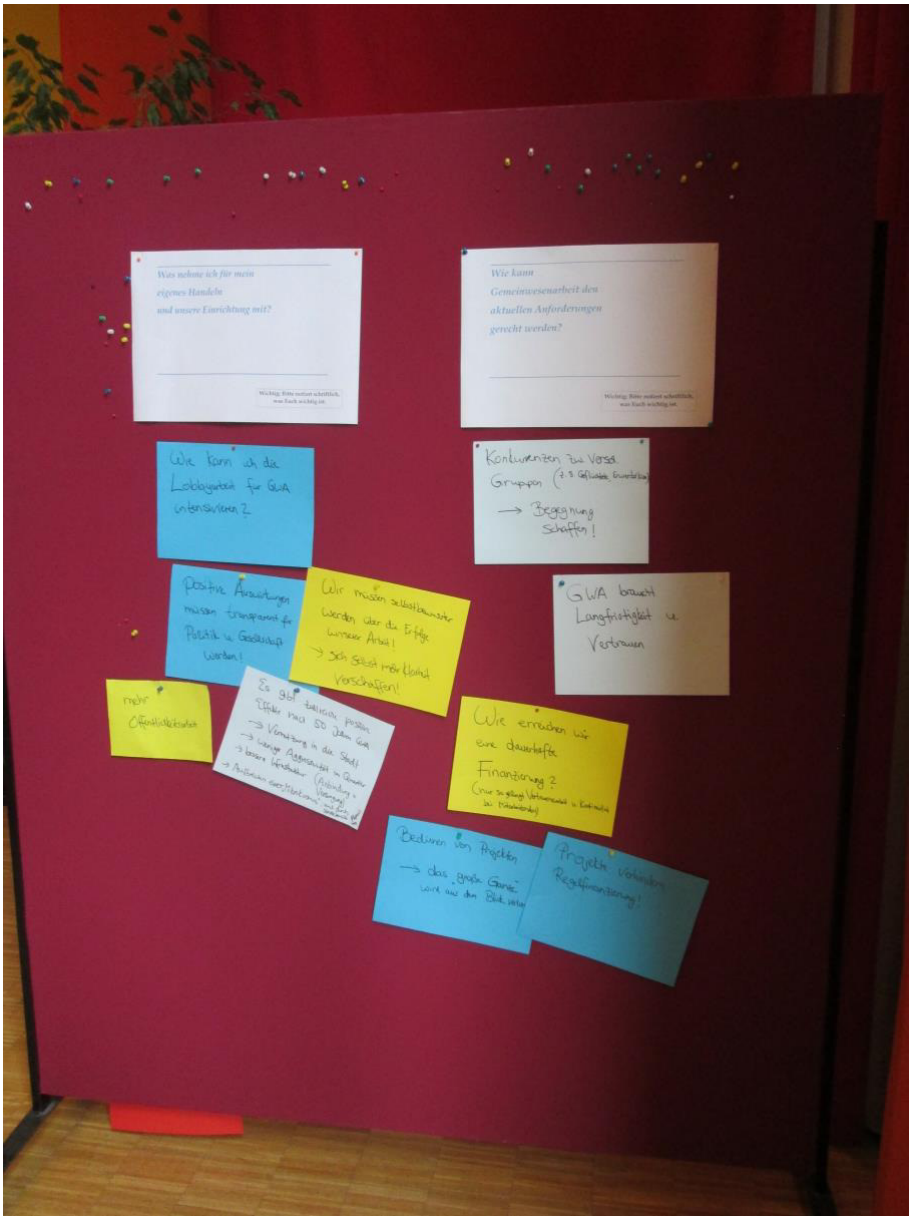
Weist die Entwicklung an unserem Standort Parallelen zur dargestellten Entwicklung auf?
Wo liegen Unterschiede?
Welche Orientierungen nehmen wir für eine gelingende Gemeinwesenarbeit aus den Beiträgen mit?
Kooperation auch außerhalb des Quartiers / Stadtteilen (also intern + extern)
Wünsche & Bedarfe der Bewohner innen ernt nehmen
Prinzip "Augenhöhe" + moderierende Rolle
Es braucht „Jemande" & flexible Fördprogramme
Fördeprogramme entsprechen jetzt oft nicht den Bedingungen der Realität
Alle Bewohner im Gemeinwesen sind wichtig!
Lobbyarbeit & Miteinander arbeiten
Stadtteilentwicklung im Ganzen betrachten & politisch hierfür einsetzen!
Förderung des bürgerschaftlichen Engagement
Aktivierung der Bewohner zur Selbstständigkeit
Planungssicherheit & Kontinuität
Es braucht gute Räumlichkeiten
Freiwilligkeit an Angeboten teilzunehmen
Vernetzung durch vor-Ort-Besuche unterhalb der Hilfeebenen in den Standorten
Solidarisches Handeln unter den Standorten (auf kommunaler Ebene)
Beruhigungsarbeit
Offenheit über Grenzbereiche hinweg zum Vorteile für Angebote für Kinder und Jugendliche
Keine Projekte sondern dauerhafte Strukturen

Fotoprotokoll der AG-Phase am Nachmittag

Die Grundlage der Diskussion bildete der Vortrag von Prof. Dr. Oliver Fehren. Unter folgenden Fragestellungen diskutierten die Teilnehmer_innen der Arbeitsgruppen:

1) Was nehme ich für mein eigenes Handeln in unsere Einrichtung mit?
2) Wie kann Gemeinwesenarbeit den aktuellen Herausforderungen gerecht werden?

AG I



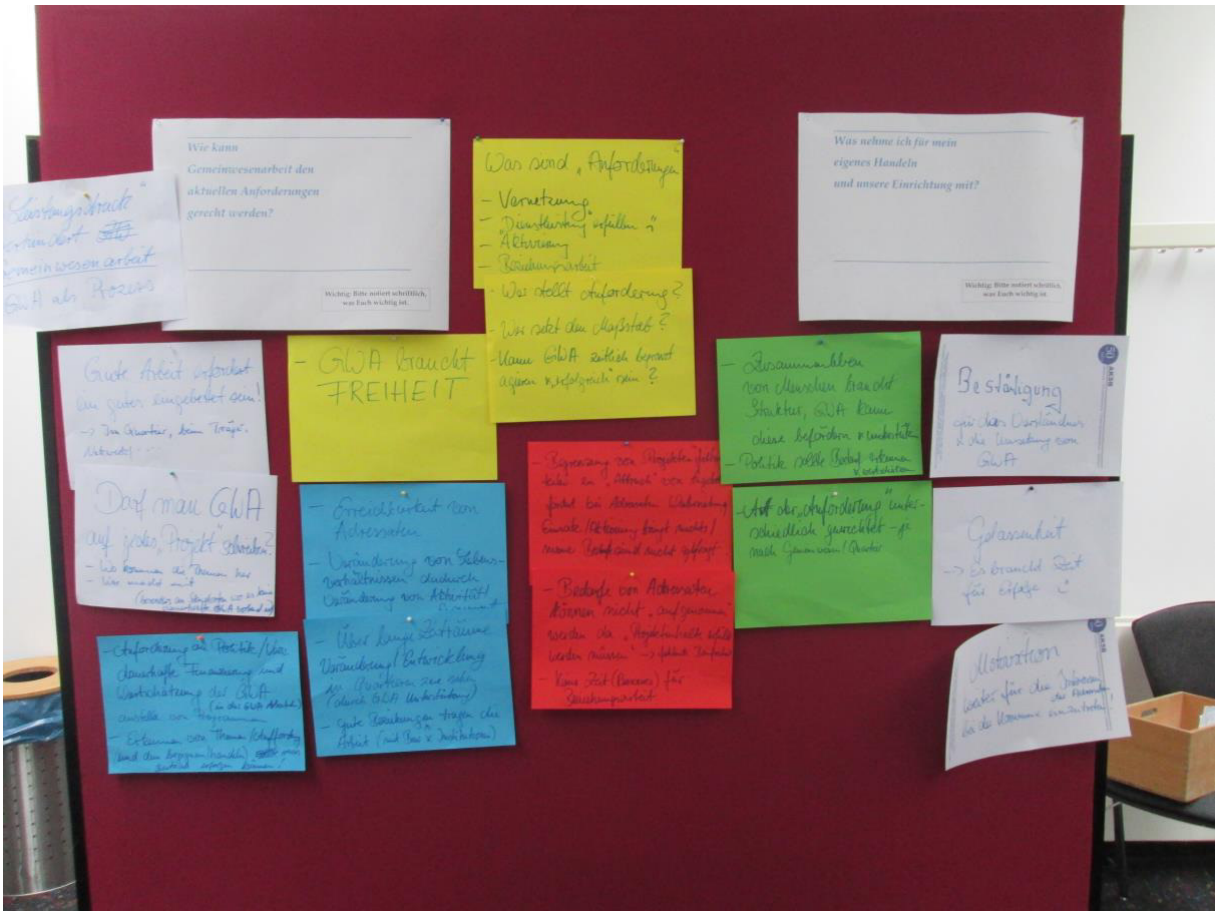
AG II

ungleiches ungleich behandeln
- individuelle Bedürfnisse und Kompetenzen in den Fokus nehmen
- aber nicht in die Individualisierung "rutschen"
Transparenz
Bildung in der alltäglichen Arbeit benötigt:
- Zeit
- Beharrlichkeit
- interkulturelle Kompetenz
- Offenheit
- Toleranz
- Vertrauen
- Akzeptanz
Aktivierung der Institutionen durch GWA + Bewohner_innen
Staat in die Verantwortung nehmen
Förderung mehrjährige / langfristige Finanzierung der GWA
GWA muss (wieder) politischer werden
Wie kann Gemeinwesenarbeit den aktuellen Anforderungen gerecht werden?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Was nehme ich für mein eigenes Handeln und unsere Einrichtung mit?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Solidarisch, vernetzte, wehrhafte Gemeinschaft
+ standhaft
...aber pazifistisch

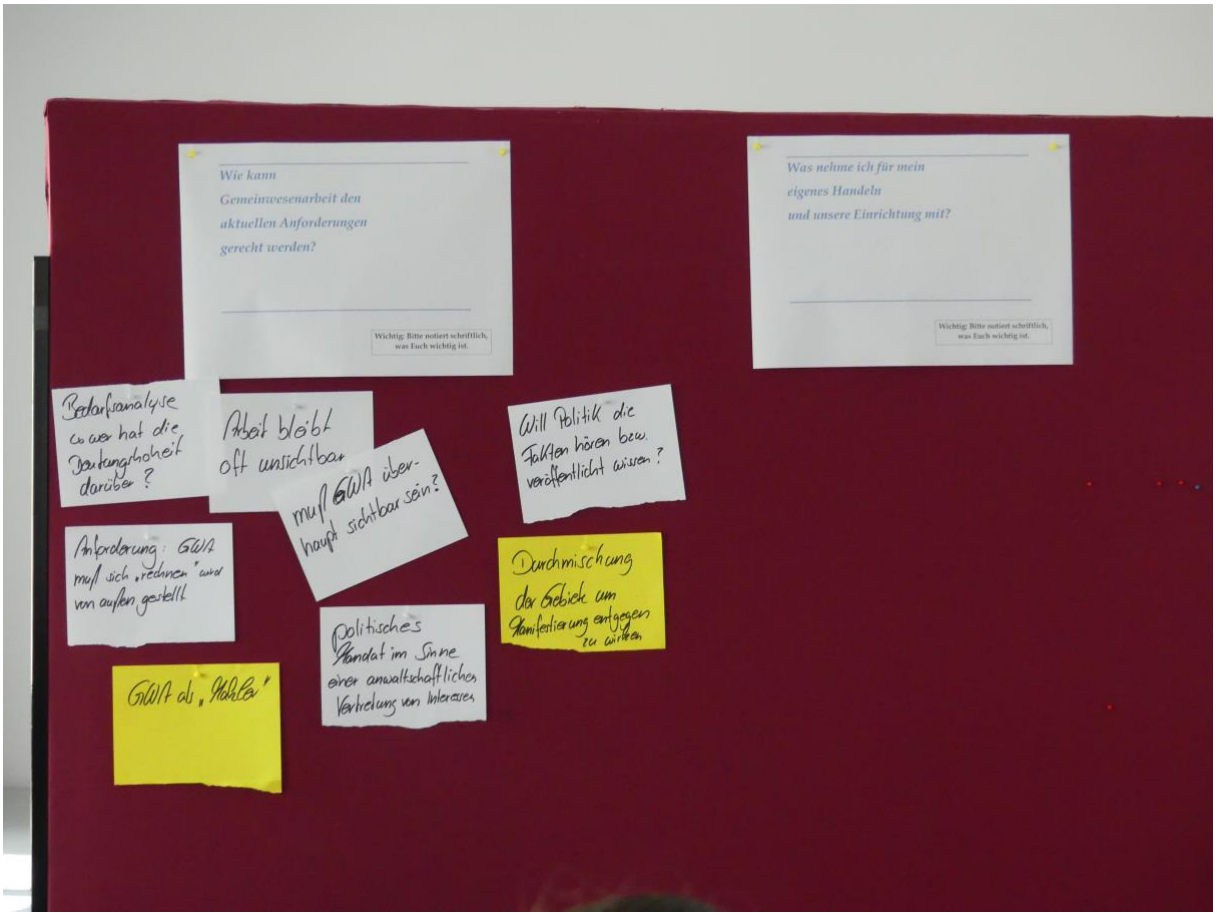
AG III

Wie kann Gemeinwesenarbeit den aktuellen Anforderungen gerecht werden?
Was nehme ich für mein eigenes Handeln und unsere Einrichtung mit?
Fehlende gemeinsame Ohnmacht ?
Wie gelingt es GWA die Interessen der Bewohner_innen zu bündeln?
Ist GWA zu Dienstleister geworden?
Bedarfsanalyse – wer hat die Deutungshoheit darüber?
Arbeit bleibt oft unsichtbar
Gesellschaftliche Veränderungen
Will Politik die Fakten hören bzw. veröffentlicht wissen?
Anforderung: GWA muß sich „rechnen" und von außen gestellt
Durchmischung der Gebiete um Stigmatisierung entgegen zu wirken
Politisches Mandat im Sinne einer anwaltschaftlichen Vertretung von Interessen
GWA als „Makler"
fehlende od. geänderte Strukturen brauchen Strategien
„Ende der Glückseligen" – Rückzug des Sozialstaats
Dokumentationspflichten ziehen immer mehr Zeit

AG IV


Wie kann Gemeinwesenarbeit den aktuellen Anforderungen gerecht werden?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Was sind „Anforderungen"
- Vernetzung
- Dienstleistung „erfüllen"
- Aktivierung
- Beziehungsarbeit
- Was stellt Anforderung?
- Was setzt den Maßstab?
- Kann GWA zeitlich begrenzt agieren „erfolgreich" sein?
Was nehme ich für mein eigenes Handeln und unsere Einrichtung mit?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
- GWA braucht FREIHEIT
Gute Arbeit erfordert ein gutes eingebettet sein!
Darf man GWA auf jedes Projekt übertragen?
Gleichzeitigkeit von Adressaten
- Veränderung von Lebensverhältnissen durch Veränderung von Akteuren
- Über lange Zeiträume Veränderung/Entwicklung
- Gute Bedingungen tragen die Arbeit
- Zusammenleben von Menschen braucht Struktur, GWA kann diese befördern und unterstützen
- Politik sollte Bedarf erkennen & entsprechen
Bestätigung
Gelassenheit
-> Es braucht Zeit für einfache
Motivation

AG V


Wie kann
Gemeinwesenarbeit den
aktuellen Anforderungen
gerecht werden?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Was nehme ich für mein
eigenes Handeln
und unsere Einrichtung mit?
Wichtig: Bitte notiert schriftlich, was Euch wichtig ist.
Bedarfsanalyse
wer hat die
Deutungshoheit
darüber?
Arbeit bleibt
oft unsichtbar
muß GWA überhaupt sichtbar sein?
Will Politik die
Fakten hören bzw.
veröffentlicht wissen?
Anforderung: GWA
muß sich „rechnen" und
von außen gestellt
Durchmischung
der Gebiete um
Stamfestierung entgegen
zu wirken
Politisches
Mandat im Sinne
einer anwaltschaftlichen
Vertretung von Interessen
GWA als „Makler"